

Arzt Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1

Belgien 140,-, Dänemark 10,00,-, Frankreich 7,50,-, Griechenland 110,-, Großbritannien 10,00,-, Irland 10,00,-, Italien 10,00,-, Jugoslawien 10,00,-, Luxemburg 5,00,-, Niederlande 5,00,-, Österreich 16,00,-, Portugal 15,-, Schweden 2,00,-, Schweiz 2,00,-, Spanien 150,-, Tschechien 175,-, Türkei 175,-

TAGESSCHAU

POLITIK

Wohnungsbau: Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus im kommenden Jahr stellt der Bund den Ländern insgesamt 1,07 Milliarden Mark zur Verfügung. 500 Millionen davon entfallen auf das Eigentumsprogramm (2. Förderungsweg). (S. 9)

Grenzen: Verständlich für das Interesse der Polen an gesicherten Grenzen hat die CDU/CSU gebilligt. Gleichzeitig wurde Warschau jedoch aufgefordert, auch Verständnis zu zeigen für unser Anliegen, die deutsche Frage politisch und rechtlich offenzuhalten. (S. 8)

„DDR-Rüstung: Ost-Berlin will die Verteidigungsausgaben 1985 um 6,7 Prozent auf 13,04 Milliarden Mark steigern. Das sind 5,6 Prozent des gesamten veranschlagten Staatshaushalts. (S. 5)

Beistand: Libyen hat sich vertraglich verpflichtet, Malta im Falle eines Angriffs beizustehen. (S. 5)

Am Wochenende: Hessens Grüne entscheiden über Zusammenarbeit mit der SPD.

WELT-Serie „Sieg der Sterne“

In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt der größte Wettstreit der Geschichte. Es geht um die lichtgeschwindigen Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen und damit der nuklearen Bedrohung. Der erste Serienteil ist ein exklusiver Interview: General James A. Abrahamson, Chef des US-Forschungsprogramms zur strategischen Abwehr, gab es der WELT als erster europäischer Zeitung. Der nächste Serienteil erscheint am Montag. Seite 6

WIRTSCHAFT

Ran-Plan: Auf entschiedene Ablehnung von Kanzler Kohl ist die Forderung von NRW-Ministerpräsident Rau nach Subventionen von 4,1 Milliarden DM für ein Förderprogramm des Bundes für Luftreinhaltemaßnahmen bei kohlebetriebenen Feuerungsanlagen gestossen. (S. 9)

US-Haushalt: Präsident Reagan beschloß, die öffentlichen Ausgaben vorläufig auf dem gegenwärtigen Niveau einzufrieren, um das wachsende Haushaltsdefizit abzumildern. (S. 9)

ZITAT DES TAGES

„Sie verdrängen mit Ihren Beiträgen einen grundlegenden Tatbestand, den man nicht aus der Welt schaffen kann: Ihre Finanz- und Haushaltspolitik in den Jahren 1969 bis 1980 war ein Vorgriff in der Umverteilung, ein Vorgriff auf Wachstum, das überhaupt noch nicht stattgefunden hatte.“

Finanzminister Gerhard Stoltenberg in der dritten Lesung des Bundeshaushalts an die SPD. FOTO: PHOTO NEWS/STUDIO X

KULTUR

Architektur: „Freiheit und Bindung“ war das Thema des 13. Godesburger Gesprächs, in dem der Bund Deutscher Architekten versuchte, die Fragen der Baugestaltung neu zu stellen. Statt Selbstkritik gab es viel Schelte gegen Zeitgeist, Bodenordnung und Materialismus. (S. 31)

SPORT

Schach: Nach dem Unentschieden gegen die UdSSR und dem Sieg über Spanien winkt den deutschen Damen bei der Mannschaftsweltmeisterschaft in Salo- niki die Bronzemedaille. (S. 15)

Ski: Nach neuen Schneefällen steht dem Weltcup-Start der Damen heute im französischen Courmayeur nichts mehr im Wege. Die Herren beginnen am Sonntag in Sestriere. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Künstliches Ohr: In den USA wurde ein „künstliches Ohr“ zugelassen, mit dem Taube erstmals Geräusche wie Türklingeln, Autohupen und sogar Gesprächsfetzen hören können. (S. 32)

Wetter: Überwiegend heiter, niederschlagsfrei 7 bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Überfällige Reform-Reform - Gastkommentar von Professor J. H. Knoll S. 2
West-Berlin: Im „Silicon-Wedding“ weht ein Hauch von Grün- derzeit - Von Peter Gillies S. 3
Spanien: Die Reformpartei sucht ideologische Lücke - Sozialisten- Wähler umworben S. 5
Forum: Personalien und Leser- briefe an die Redaktion der WELT - Wort des Tages S. 7
Vielgeliebte Anouk Aimée: Por- trat der französischen Film- schauspielerin S. 30
Geistige WELT: Kleine Ab- schiedshymne auf Großbritan- nien - von Fritz Wirth S. 17
Heute: Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte

Kohl zum Ost-West-Dialog: Ein gewisser Optimismus

Der Kanzler bemüht sich in den USA um Mäßigung im Stahl-Konflikt

with/DW, Washington
Bundeskanzler Kohl sieht mit der Ankündigung neuer Ost-West-Gespräche über die Abrüstung zwei „entscheidenden“ Punkte erreicht. Er möchte aber auf keinen Fall so weit gehen, in diesem Dialog bereits Signale eines Tauwetters zu sehen. In einem Fernseh-Interview unmittelbar vor seinem ersten Gespräch mit US-Außenminister Shultz schloß sich der Kanzler der Einschätzung an, wie sie unter anderem von NATO-Generalsekretär Lord Carrington gegenüber der WELT geäußert worden war, daß die Erwartungen über den Ausgang des angekündigten Treffens der Außenminister der USA und der Sowjet- union im Januar in Genf nicht zu hoch geschraubt werden dürften.

Kohl sprach in seinem angekündigten Treffen mit Präsident Reagan von einem ersten Anlauf zur Wiederbelebung des Ost-West-Dialogs. Er betrieht Motivforschung: „Es geht für die Russen auch darum, ihr Gesicht zu wahren.“ Allerdings rechtfertigt die Tatsache, daß das Gespräch auf so hoher Ebene überhaupt stattfinden soll, „einen gewissen Optimismus“.

Der Kanzler wurde in diesem Inter-

view auf mögliche Differenzen zwischen den USA und der Bundesrepublik angesprochen und nannte so- gleich das kürzlich verhängte Röhrenembargo, das mit Sicherheit in sei- nem Gespräch mit Reagan zur Sprache kam. Kohl spielte jedoch den Konflikt herunter mit den Worten: „Wir müssen erkennen, daß wir alle Partner sind und voneinander abhän- gig.“

In einer gemeinsamen Erklärung des Kanzlers und des Präsidenten wird Moskau aufgefordert, sich an verstärkten Bemühungen zur Verbes- serung des Ost-West-Verhältnisses zu beteiligen. Kohl unterstützte ferner die Bereitschaft Reagan mit Krem- linschef Tschernenko zu einer sorgfältig vorbereiteten Begegnung zusammenzu- treffen.

Der Kanzler stieß bei seiner 20stündigen Blitzvisite in Washing- ton im übrigen auf eine Administrati- on, die im Augenblick voll mit innen- politischen Problemen engagiert ist. Die Debatte über die Reduzierung des amerikanischen Budgetdefizits beherrscht seit drei Tagen die Szene. Noch vor seinem Gespräch mit dem

Bundeskanzler hatte Ronald Reagan am Freitag morgen eine längere Kon- ferenz mit seinen engsten Budgetbe- ratern.

Denn Ronald Reagan, dem in der Vergangenheit nicht zuletzt von sei- nen europäischen Bündnispartnern vorgeworfen worden war, daß er die- sem Defizit zu gleichgültig gegen- überstehe, ist fest entschlossen, seine neue Amtszeit mit resoluten Spar- maßnahmen zu beginnen, deren Ziel es sein soll, das gegenwärtige Budget- defizit von rund 200 Milliarden Dollar innerhalb der nächsten drei Jahre um die Hälfte zu reduzieren.

Diese Budgetdiskussionen haben auch die Tagesordnung des Kanzler- Besuches beeheligt, denn in diese Spardebatte ist überraschend auch Verteidigungsminister Weinberger stark mit eingeschaltet.

Republikanische Mitglieder des Repräsentantenhauses sind der Mei- nung, daß einige dieser Sparmaßnah- men, die besonders im sozialen Be- reich wirksam werden, nur zu recht- fertigen sind, wenn zugleich auch der Verteidigungshaushalt mit in diese Kürzungen einbezogen werde.

Subventionsabbau wird wieder aktuell

Abschluß der Etatdebatte / Stoltenberg: Vor Beschlüssen über Reprivatisierung

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat zum Abschluß der vierstägigen Haushaltsdebatte die auf Steuer- entlastung und Subventionsabbau zi- elende Finanzpolitik der Bundesre- gierung gegen die Angriffe von SPD und Grünen verteidigt. In namentlicher Abstimmung nach der Dritten Lesung votierten von den vollstän- digen Abgeordneten 250 für das Ge- setz, 184 dagegen. Von den 22 Berliner Abgeordneten stimmten zwölf mit Ja und zehn mit Nein. Der Bundeshaushalt 1985, der gegenüber 1984 einen Anstieg der Ausgaben um 0,9 Prozent auf 259,3 Milliarden Mark vorsieht, kann nach dem zweiten Durchgang im Bundesrat am 20. De- zember pünktlich in Kraft treten.

In einer Rede umriß Stoltenberg die Regierungsvorhaben in der Steuer- und Subventionspolitik und verdeutlichte an Beispielen, daß die Sparmaßnahmen der Regierung auch bisher schon auf sozialen Ausgleich angelegt gewesen seien. Noch im De- zember sollen die Entscheidungen

zur Privatisierung verschiedener Bundesbeteiligungen fallen. Mit dem Hinweis „Dem einen zu viel, dem an- deren zu wenig“ deutete Stoltenberg die koalitionsinternen Auseinander- setzungen an und sprach von notwen- digen Vorabklärungen.

Der Minister will den Abbau vor allem von Subventionen 1985 wieder in Angriff nehmen. Zusam- men mit seinem Vorschlag über die Steuerreform hatte er im Frühjahr ei- ne erste Streichliste präsentiert, die jedoch nicht in Kürzungsbeschlüsse umgesetzt worden war. Stoltenberg erklärte gestern, daß mit dem Schlie- ßen der Akte für ihn die Diskussion der nicht abgeschlossenen sei und ap- pelle an die SPD, den Abbau zu unterstützen und: „Ich - wie in den beiden letzten Jahren - jede Strei- chung mit Kritik zu begleiten.“

Zu Beginn der Aussprache hatte Rudi Walther (SPD) die Ablehnung des Haushalts für seine Fraktion da- mit begründet, daß der Etat keinen ernsthaften Willen zur Sparsamkeit erkennen lasse, keinen Beitrag zur

Bekämpfung der Massenarbeitslo- sigkeit leiste und die Politik der sozial ungerechten Umverteilung fortsetze. In der Sperrung von 48 Milliarden Mark für künftige Ausgaben (in Form von Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre nach 1985) sieht Walther eine Stärkung des Finanzministers im Kabinett. Er wertete sie jedoch gleichzeitig als Indiz dafür, daß dieser bei der Aufstellung des Haushaltsent- wurfs den „überzogenen Vorstellungen der Fachressorts keinen entgegenge- setzten Widerstand“ habe entgegenge- setzt können. Beispielsweise nannte er den Wehrtar.

Der stellvertretende Ausschussvor- sitzende Erich Riedl (CSU) sprach sich - wie die Unionsparteien bis 1982 in der Opposition - für eine lineare Subventionskürzung aus und verwies auf das erfolgreiche Beispiel der Schweiz. Für ihn zeigten die Bundes- haushalt 1985 den Willen der Regie- rung, „unseren Kurs der Solidarität, Stetigkeit und Verlässlichkeit fortzu- führen“. Er nannte den Finanzmini- ster das „Flaggschiff“ der Regierung. Seite 2: Konsolidierung

Libyen bildet Malts Soldaten aus

DW, Valletta

Libyen und Malta haben nach An- gaben der maltesischen Regierung ei- nen Fünfjahresvertrag über sicher- heitspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. In dem Vertrag verpflichten sich beide Seiten, keinem Militärbündnis beizu- treten, das gegen die Sicherheitsinter- essen des anderen Vertragspartners gerichtet ist.

In dem Abkommen versichert Mal- ta, keine fremden Militärstützpunkte zu erlauben und auch nicht zuzulas- sen, daß die Insel militärisch gegen Libyen genutzt wird. Im Gegenzug will Libyen die Neutralität Malts respektieren und „im Falle von Dro- hungen oder Akten der Aggression“ Beistand leisten, wenn Malta dies ausdrücklich wünsche. In einem Zu- satzprotokoll sichert Libyen die Aus- bildung maltesischer Soldaten in Li- byen oder auf Malta zu. Seite 5: Sorgen in Malta

Stoph besteht auf „Respektierung“

DW, Ost-Berlin

Die „DDR“ hat am Freitag ihre For- derung nach einer „völligen Respek- tierung“ ihrer Staatsbürgerschaft und der Umwandlung der Ständigen Ver- tretungen in reguläre Botschaften bekräftigt. Bei der Vorlage des Volks- wirtschaftsplans und des Staatshaus- haltsplans 1985 erklärte Ministerprä- sident Willi Stoph vor den Abgeord- neten der Volkskammer, es sei an der Zeit, daß diesen „berechtigten Forde- rungen“ der „DDR“ Rechnung getra- gen würde. Dazu gehörten auch die Auflösung der Erfassungstelle in Salzgitter und eine einvernehmliche Regelung der Elbzgrenze.

Stoph unterstrich vor der Volks- kammer die Bereitschaft der „DDR“ zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutsch- land. Die Politik Ost-Berlins orientie- re sich an den Prinzipien der friedli- chen Koexistenz, zu der es keine Al- ternative gebe.

Kohlestreik: Taxifahrer getötet

fu, London

Bei den Gewalttätigkeiten im Zu- sammenhang mit dem Bergarbeiter- streik in Großbritannien ist ein Taxi- fahrer getötet worden. Unbekannte hatten von einer Brücke einen fast ein Meter langen Betonpfeiler auf ein Taxi geworfen, das einen arbeitswilli- gen Kumpel zu dessen Zechen in Süd- wales fahren sollte. Der Chauffeur er- lag nach an der Unfallstelle seinen schweren Verletzungen. Der Fahrgast hingegen blieb wie durch ein Wunder unverletzt.

Der Kumpel ist einer von zwei Bergleuten, die in dieser Zechen- wie- der an ihre Arbeitsplätze zurückge- kehrt sind. Der Taxifahrer hatte sich freiwillig gemeldet, arbeitswillige Bergleute im Auftrag der Kohlebe- hörde zur Zechen zu fahren. Premier- ministerin Thatcher erklärte dazu, nach diesem Zwischenfall könne nie- mand mehr guten Gewissens den Kohlestreik unterstützen.

Berliner Genossen träumen von Lafontaine

F. DIEDERICH, Berlin

War es wirklich nur „persönliche Freundschaft“, die den ehemaligen Berliner SPD-Spitzenkandidaten Harry Ristock dazu bewogen hatte, Oskar Lafontaine aus dem Saarland nach Berlin einfliegen zu lassen, fünf Jahre nach dessen letztem Berlin-Besuch? Der Oberbürgermeister von Saarbrücken redete und diskutierte mit den Berliner Genossen drei Stun- den lang.

Dann, als er mit Ristock in die Kneipe neben das Rathaus von Ber- lin-Charlottenburg gezogen war, ste- lte in schon leeren Vortragssaal die letzte Schar der Zuhörer die Frage des Abends: Hatte es sich der mit ostpreussischer Bauernschläue gese- nete Ristock nicht nehmen lassen, den Parteifreunden seines Kreises vor dem Wahltag am 10. März 1983 die ooch einmal richtig vor Augen zu füh- ren, welchen Ballast sich die Partei mit dem Spitzenkandidaten Hans Apel aufgeladen hat? Ein Mann wie Lafontaine, so resümierten nicht nur die Jungsozialisten im Saal, hätte der angeschlagenen Berliner SPD wohl besser zu Gesicht gestanden als der

vielen Genossen zu rechte Parteisol- dat Apel.

Obwohl nicht unbekannt, verfehl- ten die Thesen des saarländischen Gastes nicht die Wirkung vor dem im Berliner Spektrum links angesiedel- ten SPD-Kreisverband: Ausstieg aus der Atomwirtschaft, einseitige Abri- stungsinitiative des Westens, atom- waffenfreie Zone in beiden Teilen Deutschlands. Heftig beklatscht vor allem die Prämisse Lafontaines für eine Zusammenarbeit mit Grünen und Alternativen. Die Bereitschaft der anderen Seite, Verantwortung zu übernehmen, müsse vorhanden sein.

Ristock hatte Lafontaine als Mann vorgestellt, der Beweis für die Mög- lichkeiten in der SPD sei, von vorn anzufangen und Positionen neu zu bestimmen. Hans Apel - er war nicht unter den Gästen - müßten da die Ohren geklungen haben: Schon heute ist sein Marktwert bei den Berliner Genossen querbeet allein deshalb ge- sunken, weil er trotz ungünstiger Wahlkonstellation weiterhin mit Ve- hemenz gegen Alternative zu Felde zieht und diese als „fundamental- oppositionelle“ abkanzelt - ein Ver-

halten, das selbst gesprächsbereiten AL-Mitgliedern an der Spree jeden Appetit auf noch so dünne Kontaktfä- den genommen hat. „Ist die Partei noch mobil, veränderbar“, als Beant- wortung dieser Frage hatte Ristock den Freund Lafontaine präsentiert - lebendes Gegenbeispiel zu einer man- gelhaften Mobilität Apels?

Antwort geben können auch Stim- men aus der Parteibasis. Da wurde die Meinung Lafontaines bejubelt, die Wahlen in Berlin und im Saarland müßten Quittungen sein für die Wen- depolitik in Bonn, welche die Lasten für die sozial Schwächeren erhöht ha- be.

Im „Bürgersaal“ vermißte Lafontai- ne allzu hasche Worte beim Thema Hessen, schaute Börner und atak- tierte die Grünen. Wer den Ausstieg aus der Photonik-Wirtschaft will, er- reicht dies nicht durch Ausstieg aus der Verantwortung. Auch das unter Berliner Sozialdemokraten gängige Reizwort „NATO-Apel“ lockte ihn kaum aus der Reserve: Höflichkeit gegenüber einem Mann, der nicht im Saal saß, aber auch nicht vermißt wurde.

DER KOMMENTAR

Kohls Einblicke

HERBERT KREMP

Eine Annäherung sollte ver- zeichnet werden: Helmut Kohl und sein Vorgänger im Amte, Helmut Schmidt, be- zeichnen den amerikanischen Präsidenten als „peace-maker“, was gut deutsch Friedensstifter heißt. In der Politik der großen Mächte ist solches Stützen mit riskanten Unternehmungen des Hochkapitalismus zu vergleichen. Denn nicht gefühliges Frie- densgerede bringt die Sowjets aus der Erdferne ihres Nach- richtungs-Zorns in die Verhand- lungssäle zurück, sondern das Weltraum-Programm Ronald Reagans, das dem herkömmli- chen „Gleichgewicht des Schreckens“ die „strategische Abwehr“ der nuklearen Bedro- hung entgegengesetzt. Darüber hat Bundeskanzler Kohl in Wa- shington einiges erfahren.

Nach unserem Wissen hat sich vor dem europäischen Pu- blikum niemand klarer und ge- dankenreicher über diese sensa- tionelle Möglichkeit des Strate- gie-Wandels geäußert als Gene- ral James A. Abrahamson, Lei- ter des US-Forschungspro- gramms zur strategischen Ab- wehr, in dem heutigen WELT- Interview. Die Sternen-Dimen- sion des militär-technologischen Unternehmens erklärt die sowjetische Beunruhigung und das sowjetische Verhand-

lungs-Interesse. Eine lange Pe- riode diplomatischen Ringens steht bevor, mit dem verglichen die bisherigen Versuche, Pro- bleme der Abrüstung und Rüs- tungsbegrenzung zu lösen, ein- nem Five o'clock tea ent- sprechen. Diesmal geht es welt- räumlich ums Ganze.

Schon während des ameri- kanischen Wahlkampfes hat der neue technologische Schult, der die Weltpolitik verändern kann, in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, ein nachdenkliches Interesse geweckt. Hier neigt man zu der etwas komischen Ansicht, daß die Weltmächte entweder einan- der (und uns) die Köpfe ein- schlagen oder über unsere Köp- fe hinweg sich einigen. Beides kann man in ein- und demselben Reden lesen, beides stimmt nicht, aber beides verwirrt.

Helmut Kohl kam in Wa- shington die Aufgabe zu, der Politik des wiedergewähl- ten Präsidenten das Vertrauen entgegenzubringen, das sie ver- dient und das Beziehungen fruchtbar macht. Die Amerika- ner wagen einen großen Wurf. Sie rüsten zur Abwehr, mithin zum Frieden. Die Weise, in der sie es tun, enthält Gesprächs- stoff bis mindestens zum Ende des Jahrhunderts.

Bonn: Grenze wurde nicht durchlässiger

Co, Bonn

Die „DDR“ hat, entsprechend einer Ankündigung von SED-Chef Erich Honecker, jetzt den letzten Selbst- schußapparat an der Zonengrenze ab- gebaut. Sie hat jedoch gleichzeitig 500 Meter hinter der eigentlichen Grenze einen teilweise schon vorhandenen Schutzstreifen-Zaun mit Signalanla- ge von zwei auf drei Meter verbreitert oder neu eingerichtet; ferner sind im Grenzgebiet noch 116 Bodenminen im Gebrauch. Darauf wies die Bun- desregierung in Bonn hin.

Regierungssprecher Jürgen Sud- hoff bezeichnete die Beseitigung der Selbstschußanlagen als einen „wichtigen Schritt zu weniger Gewaltan- wendung an der innerdeutschen Grenze“. Die Grenze sei damit jedoch nicht durchlässiger geworden. Wün- schenswert seien eine Wegräumung der Bodenminen sowie jeder Verzicht auf Schußwaffengebrauch und an- dere Formen der Gewalt. Mehr Frei- zügigkeit für die Menschen in der „DDR“ sei der einzige Weg, Vorfälle zu vermeiden, die immer wieder die innerdeutschen Beziehungen belasten, betonte Sudhoff.

Wie der Regierungssprecher ferner bekanntgab, wird der neue Kanzler- amtsminister Wolfgang Schäuble am Donnerstag kommender Woche erste Gespräche mit Vertretern der „DDR“ führen; dazu gehören Außenminister Oskar Fischer und SED-Politbüro- mitglied Herbert Häber. Der Kontakt mit ihnen dient nach Angaben Sud- hoffs dem persönlichen Kennenler- nen. Schäuble wird auch Bonns Stän- dige Vertretung in Ost-Berlin be- suchen. Seite 2: Mehr Menschlichkeit?

Kultusminister warnen vor Lehrerstudium

hrt, Berlin

Angesichts fast halbierteter Schüler- zahlen bis in die 90er Jahre haben die Kultusminister gestern in Ber- lin ihre dringende Warnung vor ei- nem Lehrerstudium in den nächsten Jahren bekräftigt. „Diese Warnung kann gar nicht ernst genug genom- men werden“, sagte Präsident Oschatz. „Mit Neueinstellungen sei über den Ersatz von Pensionären hin- aus kaum zu rechnen.“

Nach einer KMK-Statistik werden die Schülerzahlen von 1985 bis zum Jahr 2000 drastisch zurückgehen und 1992 mit 13 Millionen Schülern den tiefsten Stand erreichen. Um die Jahrtausendwende sei mit 6,7 Millio- nen Schülern zu rechnen, danach müsse ein weiteres Absinken einkal- kuliert werden. 1994 werde es mit 620 000 Schulabgängern fast 40 Pro- zent weniger als 1983 geben. Die Ab- titurientenzahl werde von 1983 bis 1997 um 38 Prozent auf knapp 190 000 fallen.

Die Bundesländer wollen den Kin- dern von „DDR“-Übersiedlern, die mit dem westlichen Schulsystem vor allem bei den Sprachen große Pro- bleme haben, „größt möglich entgegenkom- men und jede mögliche Hilfestel- lung“ geben. Präsident Oschatz sagte, Englisch oder Französisch könnten durch das drüben erlernte Russisch als erste Pflichtfremdsprache ersetzt werden. Berlin-Schulsenator Han- na-Renate Lauth berichtete jedoch, „DDR“-Oberschüler, die nach West- Berlin kämen, könnten es fast durch- weg ab, weiterhin Russisch zu lernen.

Versteckte Drohung der „DDR“ an Berliner Senat

Häber: Zukunft der Stadt hängt von guten Beziehungen ab

hrt, Berlin

Ein führender SED-Funktionär und enger Mitarbeiter des Staats- und Parteichefs der „DDR“, Erich Hone- ker, Politbüromitglied Professor Herbert Häber, hat die Politik des Berliner Senats gegenüber der „DDR“ kritisiert. Dies ist innerhalb weniger Wochen das dritte Mal, daß Ost-Berlin die politische Linie des Senats unter der Führung des Regieren- den Bürgermeisters, Eberhard Die- gens, rügt.

Bei der Zusammenkunft mit einer SEW-Delegation aus dem Westen der Stadt versicherte Häber, der im Poli- büro für die innerdeutschen Bezie- hungen zuständig ist, Ost-Berlin be- trachte die „Entwicklung der Bezie- hungen und eine sachliche Zusam- menarbeit“ mit West-Berlin als festen Bestandteil ihrer Politik der friedli- chen Koexistenz.

Wörtlich fügte Häber, zugleich Se- kretär des Zentralkomitees der SED, hinzu: „Viel wird zum Nutzen der West-Berliner von seiten der DDR ge- tan. Um so befremdlicher ist es, wenn man sich in jüngster Zeit im Schöne-

berger Rathaus läuft im Ton ver- greift.“ In der „DDR“ frage man sich, „was sich der Senat eigentlich davon erhofft.“

Es dürfte sich „gerumgesprochen“ haben, sagte Häber mit forderndem Unterton, „daß Berlin (West) nur eine gesicherte Zukunft hat, wenn es eine Politik verfolgt, die dem Vierzehn- jähren Abkommen entspricht und alleseitig gute vertragsgerechte Beziehungen zur DDR unterhält.“

Häber plädierte gleichzeitig mit ei- ner bisher nicht verwendeten Formu- lierung für eine „Zusammenarbeit in neuen Dimensionen“.

Die Schelte des angeblichen SED- Funktionärs an den von Christde- mokraten und Freidemokraten ge- stellten Senat ist eine neue Variante, da die bisherigen Erklärungen Die- gens oder Stellungnahmen der SED zur Politik des Senats lediglich vom amtlichen Nachrichtendienst der „DDR“, ADN, vorgelesen worden waren. Bemerkenswert ist daher, daß sich nunmehr ein SED-Spitzenfun- ktionär über den Senat geäußert hat.

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mehr Menschlichkeit?

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

An der innerdeutschen Grenze wird nicht mehr „automatisch“ geschossen. Gestern besetzte die „DDR“ die letzten Selbstschußanlagen vom Typ SM 70. Die Bundesregierung beilegte sich, diese Maßnahme als einen „Schritt zu mehr Menschlichkeit“ zu begrüßen.

Diese Formulierung allein ist schon schrecklich. Sie zeigt an, wie sehr wir uns schon an die „Normalität“ gewöhnt haben, daß in Deutschland Menschen für den, weiß Gott, nicht ungewöhnlichen Wunsch erschossen werden, dort leben zu wollen, wo es ihnen gefällt. Wie reagiert wohl ein Gefolterter, wenn man ihm sagte, es sei bereits „menschlicher“, wenn ihm künftig Stromstöße nur noch über drei statt vier Elektroden verabreicht würden?

Fragen wir uns, wie die besagte Humanität an der innerdeutschen Grenze wirklich aussieht. Die Zäune wurden fünfhundert Meter ins Hinterland verlegt, zugleich um einen Meter erhöht und mit optischen wie akustischen Signalanlagen versehen. Mit anderen Worten: Jeder Fluchtversuch wird weit vor der Grenze entdeckt. Die Grenztruppen haben Zeit zum Einsatz und obendrein noch freies Schußfeld.

Vergessen wir auch nicht, daß 176 Bodenminen jedem Flüchtling den Weg versperren. Mindestens fünfzig Menschen, soviel jedenfalls ist aktendokumentiert, wurden mit den Selbstschußanlagen verletzt oder getötet. Glaubt jemand im Ernst, sie wären ohne Todesautomaten verschont geblieben? Und kann die Bundesregierung wirklich vermuten, die „DDR“ würde auch nur im Traum daran denken, ihre Grenze „unsicherer“ zu machen?

Der Schießbefehl ist nicht aufgehoben. Es ist bitter, auf so etwas überhaupt hinweisen zu müssen: Ob ein Flüchtling von Automaten oder von Menschen erschossen wird – das ändert an seinem Schicksal überhaupt nichts. Aber es vernebelt das öffentliche Bewußtsein, und es vernebelt auch jede Möglichkeit eines Unrechts-Bewußtseins auf der anderen Seite, wenn man da von „mehr Menschlichkeit“ redet. Wem ist mit solchen Verbalakten gedient? Sieht man darin etwa menschliche Erleichterungen?

OAS als Zuschauer

Von Günter Friedländer

Argentiniens Präsident Alfonsín hat beim Volksentscheid über den „Friedens- und Freundschaftsvertrag“ mit Chile ein überwältigendes Vertrauensvotum erhalten: 81 Prozent der Wähler gaben ihm ihr „Ja“. Der Vertrag, der den gefährlichen Konflikt am Beagle-Kanal beendet, ist unterschrieben.

Während der Vorbereitung des Volksentscheids hielt die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Brasília ihre kaum bemerkte Vollversammlung ab. Die OAS wurde 1948 bei der 9. panamerikanischen Tagung in Bogotá gegründet, u. a. um Konflikte amerikanischer Länder friedlich zu lösen, die kollektive Sicherheit der drei Amerikas zu garantieren und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern.

Der Beagle-Vertrag ist nur ein Beispiel für die Ohnmacht der OAS. Der Vertrag ist nicht ihr, sondern vom Vatikan vermittelten bilateralen Verhandlungen zu verdanken. Die Tagesordnung der OAS ist ein Katalog latenter Probleme, zu deren Lösung Resolutionen der OAS nicht beitragen.

Venezuela und Kolumbien führen bilaterale Verhandlungen über ihren Grenzkonflikt. Kolumbiens Betancur vermittelt bei bilateralen Gesprächen zwischen Bolivien und Chile über Boliviens Zugang zum Meer. Die Contadora-Gruppe verhandelt über Mittelamerika. Mexiko trug dazu bei, den Streit zwischen Guatemala und Belize zu entschärfen. Die USA befreiten zusammen mit einigen karibischen Inselstaaten Grenada von seinen kommunistischen Herrschern.

Die OAS sah sich überall so ohnmächtig wie während des Falkland-Krieges. Sie hat ebenso wenig zum Abtragen des lateinamerikanischen Schuldenberges beitragen können.

Die Mitgliedstaaten sehen, daß altmodische Diplomatie den Ländern besser dient als internationale Mammutorganisationen, in denen die Probleme zerredet und mit Abstimmungen Unbeteiligter nur vertagt werden. Manche fragen sich, wozu man die OAS braucht. Der romantische Panamerikanismus war in der Euphorie der ersten Nachkriegsjahre verständlich. In der Praxis aber erwies er sich als Utopie, auch wenn die Bürokratie der OAS deren Auflösung nicht zulassen will.

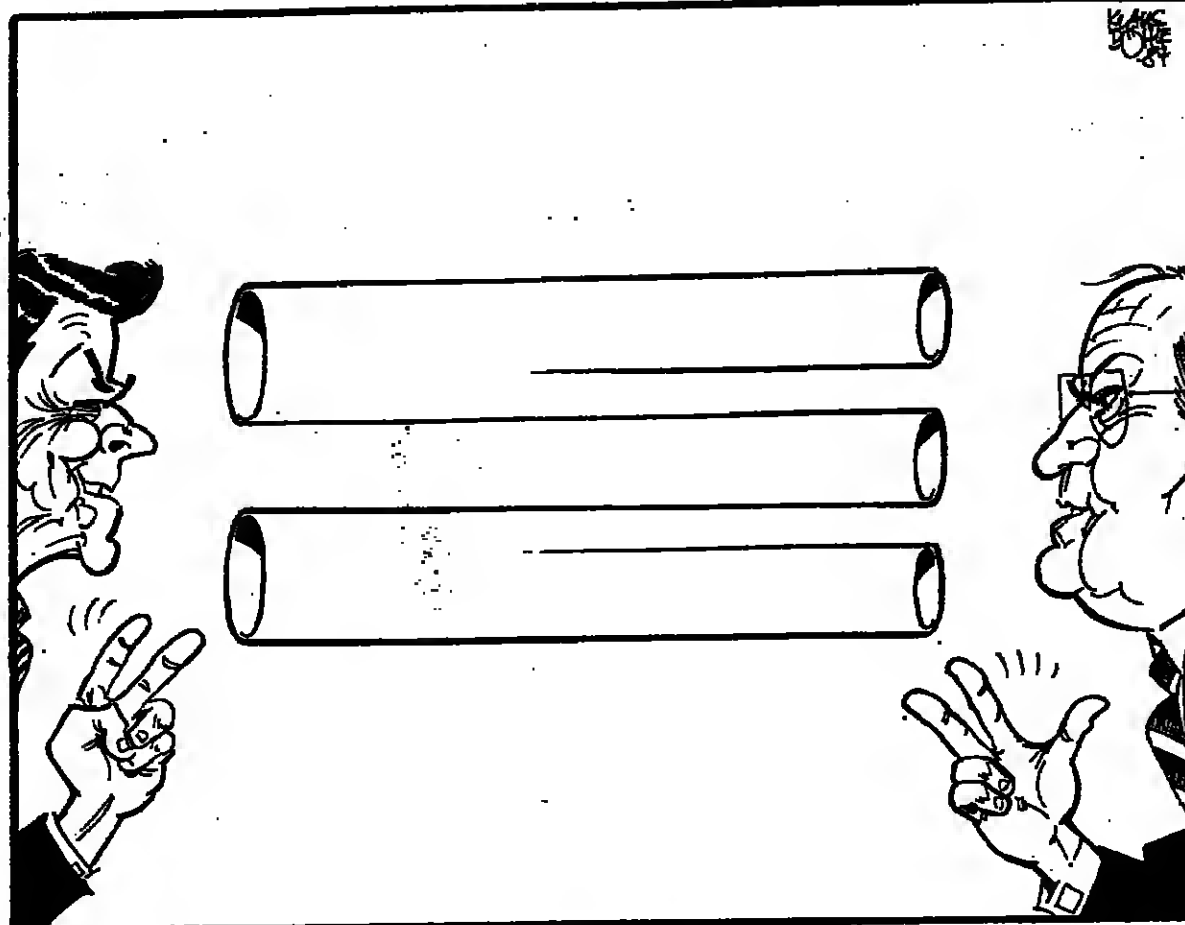
Bundes-Schätzchen

Von Enno v. Loewenstern

Um zu enden meine Schmerzen, ging ich einen Schatz zu graben. Meine Seele sollst du haben, schrieb ich hin mit eigenem Blut. ... Des deutschen Dichters Wort versteht man in Spanien, dessen Politik über Jahrhunderte an der Suche nach Gold und Silber orientiert war. Hat nicht Cortez, um die Majestät seiner (rechtlich etwas zweifelhaft fundierten) Expedition gnädig zu stimmen, Karl V. anstelle des königlichen Fünftels den gesamten Gold-, Silber- und Juwelschatz überlassen, den Montezuma ihm gleich nach der Landung schickte? Wurde nicht der Ruhm des Cortez von dem Ruhm des einstigen Schweinehirten Pizarro überschattet, als der noch mehr Gold beibrachte?

Die Zeiten ändern sich. Als die Nachricht nach Spanien drang, auch die SPD habe einen Schatz übermitteln, den ihr ein großer Herr spendete, um sie gnädig zu stimmen – freilich im Koffer des Schatzmeisters Wischniewski, aber was bedeutet schon fehlende Romantik, wenn's nicht am Gelde fehlt –, da reagierte die iberische Öffentlichkeit ungehalten. Flugs setzte die Sozialistische Partei einen Untersuchungsausschuß ein, um zu klären, ob sie ihren Wahlsieg Flick verdankt. Jetzt muß Wischniewski ran und schwören, daß er den Genossen nicht geholfen habe. Und auch Struck, der Kohl riet, sich warm anzuziehen. Kalt pfeift der Wind von der Sierra; vielleicht hat Kohl ein paar wollene Unterhosen für den schnellzünftigen SPD-Kollegen übrig – der nämlich hat die Geschichte vom Wischniewski-Koffer erzählt.

Zurück nach Deutschland, dem neuen Wunderland der Schatzgräber. Gerade wird bekannt, daß einer dieser Chlorophyll-Tugendwächter, Josef Leinen (freilich eingeschriebenes SPD-Mitglied in grün) mit seinen Abrechnungen bei einem anderen Spender, Vater Staat, in Verzug geraten ist. Da hat er sich unter anderem etliche Tausender aus Zuschüssen für „inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen des Kohle-Kongresses“ sowie für Referate dortselbst bewilligt, wo man doch immer glaubte, da sei der bargeldlose Idealismus am Werk. Scheitern wir ihn nicht. Was heißt hier Seele. Bei einem Kohle-Kongreß muß man doch Kohle machen dürfen.



Durch die Röhren

KLAUS BÖHLE

Überfällige Reform-Reform

Von Joachim H. Knoll

Durch die Universitäten geht wieder der Ruf der Entrüstung und des Widerstandes. Es geht, wie vor Jahren schon einmal, um das Hochschulrahmengesetz, dessen Novellierung die Bundesministerin Dorothee Wilms unsichtig voranzubringen sucht. Dieser Versuch, Unzulänglichkeiten zu korrigieren und neue Akzente in liberal-konservativem Geist zu setzen, gehört zu den wenigen beachtenswerten Reformvorhaben größeren Zuschnitts – Reform einer Reform, allerdings.

Im Jahre 1976 wurde das Hochschulrahmengesetz erlassen, durch das die Personal-, die Organisationsstruktur (Gesamthochschulen) und die Formen der Drittmittelforschung neu – eben im Sinne der sozialliberalen Leitvorstellungen – geordnet wurden. Seither ist die Kritik nicht verstummt. Die nachfolgenden Landesgesetze – das letzte 1980 in Nordrhein-Westfalen – und die sich darauf stützenden Grundordnungen der Universitäten haben einen erheblichen Bezeichnungswort- und Organisationswortschatz hervorgebracht. Zum Reformgesetz („Entwurf eines Dritten Hochschulrahmengesetzes“) vom 9. November 1984 ist die Sprache der Kritiker verästelnd; so wird von den Aufbaustudiengängen als von „Stellkursen“ gesprochen und die Stimmenmehrheit in den Gremien für die Professoren wird schlicht als „Entdemokratisierung“ denunziert. Da genügen einige Anmerkungen, um deutlich zu machen, woher die Aufgeregtheit und der verbale Aktionismus ihre Schubkraft beziehen.

Zunächst wird die „Gesamthochschule als institutionelles Leitbild der Hochschulpolitik aufgegeben“, die Verschmelzung von Universität und Fachhochschule hat die Bewährungsprobe nicht bestanden. Vor allem ist dabei den Fachhochschulen der eigenständige und präzisierende Charakter genommen worden. In einem weiteren Punkt wird für „mehr Autonomie für die Hochschulen“ plädiert – die Botschaft hört sich wohl ... Hier sind in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg so starke bürokratische Strukturen für die Universitäten geformt worden, auch sind die Hochschulen zu Großorganisationen ange-

schwollen, die ohne kameralistische Reglementierungen gar nicht mehr funktionieren können, so daß die Novellierung kaum die Autonomie wiederherstellen kann. Da wird's gewiß etwas Spielraum geben bei der Entwicklung von eigenwilligen Studienkonzepten, aber viel mehr nicht.

Daß man die Studienreformkommissionen, die in den Universitäten nicht mehr wahrgenommenen Hersteller von bedrucktem Papier, abschafft – freilich mit einer Gnadenfrist –, ist nur Konsequenz einer selbstgenügsamen Überflüssigkeit.

Bei der Personalstruktur greift die beabsichtigte Reform tiefer, freilich war sie da am ehesten erforderlich. Vor allem den Mitarbeitern, den früheren Assistenten, hat das Hochschulgesetz nicht mehr Freiheit, sondern nur Beschränkung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten eingebracht. Diese Gruppe wurde in zwei Funktionsstränge aufgespalten: Die Hochschulassistenten und die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Erstere, so könnte man allgemein sagen, sind die Luxusklasse der Mitarbeiter, mit sechs-jährigen Verträgen und zur akademischen Qualifikation weitgehend freigestellt; die wissenschaftlichen Mitarbeiter hingegen – im Angestelltenstatus mit vierjährigen Verträgen – sollten im wesentlichen

zuarbeiten. Daß vielerorts diese törichte Trennung nicht eingehalten wurde, spricht auch dafür, daß die „Ordinarientalität“ nicht mehr ein durchgängiges Merkmal universitärer Wirklichkeit ist.

In Zukunft wird es wieder – man möchte sagen, daß auch die Tradition noch gottlob vernünftige Einsicht vermitteln hilft – den wissenschaftlichen Assistenten geben, „bei dem Dienstleistungs- und Qualifikationselemente zusammenkommen“ und der auch wieder einem Hochschullehrer zugeordnet ist. Der, wiederum, muß sich dann auch zur Betreuung verpflichten. Zudem werden Oberassistentenstellen – auch auf Zeit – eingerichtet, um jenen Habilitierten, die über keine Absicherung, etwa im öffentlichen Dienst, verfügen, noch einige Jahre der Weiterqualifikation an der Hochschule zu ermöglichen. Aber es muß in diesem Zusammenhang denn auch ohne Beschönigung gesagt werden, daß – nicht zuletzt wegen der „ungünstigen“ Alterspyramide, „ungünstig“ eben für den Nachwuchs – die Chancen zur Beschäftigung auf Lebenszeit in der Universität derzeit sehr gering sind; erst Ende der neunziger Jahre wird es besser.

Die Drittmittelforschung, das heißt die Finanzierung von Forschungsvorhaben außerhalb der Universitäts Haushalte, wird endlich vom Geruch des nahezu Unverlaubten befreit. Die ärgerliche Antithese, universitätsgeforderte Forschung sei seriös, Drittmittelforschung windig oder an die Weisungen des Geldgebers angepaßt, stammt aus der ideologischen Motte; vielmehr gilt wohl, daß das Ausmaß an Drittmittelforschung auch ein Gradmesser für die Reputation einer Universität und ihrer Forschungskapazität ist.

Und schließlich bekannt sich die Novellierung zur Förderung von Hochbegabungen. Was eigentlich soll daran so schlimm sein, wenn man die Universität immer noch als eine wesentliche Stelle der Elitenförderung begreift? In vielen Studienordnungen der Jahre vor und nach der „Reform“ war von „Aufbau- oder Doktorandenstudien“ die Rede. Aber auf derlei Deklamationen ist kaum je etwas Geeignetes gefolgt.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Joachim H. Knoll lehrt Pädagogik an der Ruhr-Universität Bochum. FOTO: DIE WELT

Konsolidierung: Nicht entschuldigen, sondern fortsetzen

Wenn die Opposition von Alternativen redet / Von Heinz Heck

Wir zeigen Ihnen Alternativen auf! donnerte der Jung Siegfried der SPD, Volker Hauff, in den Saal. Auch am vierten und letzten Tag der Haushaltsdebatte konnte man sich manchmal noch wundern, wie Politiker wie Hauff, oder tags zuvor Frau Fuchs mit Tremolo in der Stimme, die Regierung auf fundamentale Versäumnisse und Fehler hinzuweisen versuchten. Was, beispielsweise, hat der umweltbewußte Hauff in der Regierungsverantwortung als Forschungs- und Verkehrsminister getan, während die USA und Japan Mitte der siebziger Jahre mit der Einführung schadstoffarmer Autos Zeichen setzten? Damals, als wir noch mehr Zeit hatten?

Von ernst zu nehmenden Alternativen der Opposition war in diesen Tagen wenig zu spüren, aber viel von dem Bemühen, die eigenen Fehler in dreizehnjähriger Regierungsarbeit vergessen zu machen. Finanzminister Gerhard Stoltenberg brachte es gestern auf den Punkt: Der entscheidende Fehler der sozialliberalen Ära war der Vor-

griff in der Umverteilung auf ein Wachstum, das noch gar nicht stattgefunden hat. Dieser Vorgriff wird die Finanzpolitik noch auf Jahre bestimmen, am deutlichsten bei den Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte. Stoltenberg rechnete vor, daß bei einer Fortsetzung der bis 1982 verfolgten Schuldenpolitik in dreizehn bis vierzehn Jahren die Hälfte der Steuereinnahmen allein für Zinsen aufzuwenden gewesen wären.

Aber trotz der unbestrittenen Erblast zum Beispiel in der Schulden-, der Renten- und der Umweltpolitik zahlen sich Hinweise der Regierungsparteien darauf immer weniger aus. Die neue Koalition ist vor allem gewählt worden, um eine andere Wirtschaftspolitik zu machen. Der Sachverständigenrat gab in der Vorwoche mit seinem Befund der Regierung zwar ausgezeichneten Rückhalt für die Haushaltsdebatte, aber er kritisierte auch, daß die Perspektiven für die kommenden Jahre zu wenig deutlich gemacht wurden. Darauf sollten sich Bundesregierung und Koa-

litionsfraktionen künftig stärker konzentrieren und sich überflüssige Steuerr Diskussionen schenken. Nur die oberlehrerhafte Art von Hans-Jochen Vogel brachte die Opposition um den publizistischen Erfolg, den sie bei geschickter Präsentation aus diesem Streit hätte verbuchen können.

Die Folgen des brain drain in der SPD werden immer sichtbarer. Seit Politiker wie Helmut Schmidt, Hans Matthöfer und Manfred Lahnstein nicht mehr das Wort erheben, gar den Bundestag verlassen haben (Lahnstein), fällt es der SPD immer schwerer, Konturen zu zeigen. So werden zum Beispiel die einander zum Teil ausschließenden Vorstellungen in Bund und Ländern zur Steuerreform nur deshalb von einer breiteren Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, weil sie politisch derzeit ohne Belang sind.

Aber eines zumindest hat die Haushaltsdebatte deutlich gezeigt: Eine Steuerreform, die den Namen verdient, ist mit der SPD in ihrer jetzigen Verfassung nicht zu machen. Nicht, wenn selbst Politiker

IM GESPRÄCH Willie Hamilton

Wider die Windsors

Von Siegfried Helm

Rebellierende Heißsporne mauern sich gern zu Establishment-Säulen. Diese politische Lebensregel bestätigt Willie Hamilton – als Ausnahme. Seit nunmehr vierunddreißig Jahren lockt er im Unterhaus wider den Stachel. Jetzt hat der 67-jährige ehemalige Schullehrer wissen lassen, daß er bei der nächsten Wahl nicht mehr kandidieren wolle. Er, der ein politisches Leben lang in England die Republik ausrufen wollte.

Diese Ein-Mann-Fraktion in der Labour-Fraktion ist ein personifiziertes Paradoxon der englischen Parlamentsgeschichte der Nachkriegszeit. Hamilton machte Front gegen die britische Verfassung, denn die sieht nun einmal, wie wohl ungeschrieben, die konstitutionelle Monarchie vor. Und das machte er als staatsstragendes Element im Unterhaus.

Nach Ex-Premier James Callaghan ist er der dienstälteste Labour-Abgeordnete. Sein Steckbrief: Bei jeder Apanage-Erhöhung erhob er Stimme und Zeigefinger und wetterte gegen die seiner Ansicht nach so teure wie überflüssige königliche Familie. „Die sollte man samt und sonders arbeitslos machen, damit sie anschließend nützliche Berufe ergreifen“.

Hamilton kämpfte ein Leben lang auf verlorenem Posten. Als sich dann die Windsors gar mit einer lieblichen Märchenprinzessin verjüngten, wurde Willie erst recht zum Rufer in der Wüste. Doch hat er auch Sinn für Selbstironie, dieser Bergarbeitersohn aus Durham, dem oft schottischer Geiz als Motiv für seinen König-Kahlschlag unterstellt wurde, weil er einen Wahlkreis im schottischen Fife vertritt. Bei der Taufe von Prinz William meinte er, er fühle sich durch die Namenswahl geehrt.

Willie Hamilton wird in die Parlamentsannalen als der sprichwörtliche Sand im Getriebe eingehen, als ein Auf-der-Stelle-Treter, denn selbst die roten und rosaroten Genossen haben nie im Ernst daran gedacht, den Thron in der Rumpfkammer der Geschichte verschwinden zu lassen. So mußte Hamilton sein Fährlein allein tragen. Und das tat er mit Verve und Wortgewandtheit. So sagte er über Kromprinz Charles: „Der kann der größte Einfaltspinsel der Welt sein und wird es dennoch eines Tages zum König bringen. Seine Anlagen rel-



Aber ein kleines Geschäft mit der Royal Family möchte schon sein: Abgeordneter und Buchautor Hamilton. FOTO: AP

chen allenfalls zur Mittleren Reife.“ Über die Queen: „Sie ist wie eine Aufziehpuppe und von gewöhnlichen Menschen so weit entfernt wie die äußeren Planeten.“ Im Fernsehen bescheinigte er ihr obendrein „beschränkten Intellekt“.

Prinzessin Margaret beschimpfte er als „ausgehaltene Frau“ und Prinzessin Anne „als verdammte Schnorrerin“. Als sie heiratete, warf er ihr hinterher, daß man ihr zum Hochzeitstag noch eine „Lohnerhöhung“ von 100 000 Mark gegeben habe: „Und wofür? Damit sie reitet.“ So erstaunt es nicht, daß viele Engländer Hamilton am meisten seinen mangelnden Sinn für fair play verbildeten, denn die von ihm Gebeutelten können sich ja nicht wehren – dann wären sie keine Denkmäler mehr.

Dieser Dorn in königlichem Fleisch mit den Jahren durch Integration kaltgestellt worden. Sein Geheiß wurde ein Ritual, Willie Hamilton eine Institution. Die königstreuen Engländer haben sich an den Verächter der Krone gewöhnt und belächeln ihn freundlich als „Good old Willie“. Als Rentner will er noch ein zweites Buch wider die Königlischen schreiben. Dessen Erfolg ist ihm schon heute sicher. Willie Hamilton ändert sich so wenig, wie gewiß ist, daß er nie Gelegenheit erhalten wird, seine Erhebung zum Lord dankend abzulehnen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Economist

Die Londoner Wirtschaftszeitung trägt: „Warum so mühsam, Deutschland?“

Ist Helmut Kohl, Westdeutschlands schwerfälliger und bequemer Kanzler, in Gefahr? Sind die Anti-Establishment-Grünen, nichtbetroffen vom Flick-Schmutz, instand, seine Mitte-Rechts-Koalition zu kippen? ... Die Antwort auf diese Fragen sollte ein starkes Nein sein. Kohls Wahlsieg im März letzten Jahres war ein Votum gegen Stagflation und gegen die Anti-Atom-Bewegung. In diesen Beziehungen macht sich Kohl gut. ... Es gibt wenig Gründe anzunehmen, daß die Mehrheit der Westdeutschen ihre Meinung über ihn seit letztem Jahr geändert hat.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung gibt Kritik am Bundeskanzler.

Helmut Kohl ist seit Ludwig Erhard unbestreitbar der Kanzler, der am wenigsten beeindruckt. Trotzdem hält er sich für den wahren Erben von Konrad Adenauer, dem größten Politiker der kurzen, aber insgesamt beachtenswerten Liste westdeutscher Kanzler. Seit Kohl mit der Zusage einer Wende einen stattlichen Wahlerfolg erzielt hat, verbrachten er und seine Regierung die meiste Zeit mit langen Ausrußern auf einer Reihe

von Bananenschalen. Er scheint nur zu überleben, weil er nicht daran glaubt, daß das System, das ihn hervorbrachte, in eine Vertrauenskrise geraten ist. Auf dieser Grundlage werden auch noch so viele außenpolitische Schwierigkeiten oder Rückschläge bei Wahlen (weitere werden im Frühjahr erwartet) keine Rückschlagsgedanken aufkommen lassen.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie warnt die Regierung vor Selbstüberschätzung.

Die klare Linie der bundesdeutschen Außenpolitik unter der Koalition der Mitte hat Bonns internationales Gewicht beträchtlich gestärkt und die Bundesrepublik für die USA wieder zu einem verlässlichen Partner werden lassen, wovon schließlich nicht nur ein gutes Verhältnis der beiden Staaten zueinander, sondern schlicht und ergreifend unsere Zukunft abhängt. Dennoch sollten der Kanzler und sein Außenminister sich vor der Illusion hüten, in den USA Weltpolitik betreiben zu können. Ganz sicher hat Bonner Besonnenheit und wohl auch manches Gespräch hinter den Kulissen die Bereitschaft der Supermächte gefördert, wieder miteinander zu reden. Mehr aber nicht. Und wie diese Verhandlungen schließlich laufen werden, darüber entscheiden ausschließlich die Interessen der „Großen“.

Zwei Partner, die sich immer wieder bekanntmachen

Zum erstenmal nach der Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten trafen sich Helmut Kohl und Ronald Reagan. Wie sieht Washington den Kanzler? Was wartet auf Kohl und Reagan?

Von THOMAS KIELINGER

Genauigkeit des Studiums der Vorgänge in beiden Hauptstädten kann man Deutschen und Amerikanern nicht häufig genug wünschen. Wir haben ohnehin nur das Jahr 1985 als Fenster der Möglichkeiten ergebnisreicher Zusammenarbeit vor uns. Danach dürften sich die Fahrpläne in beiden Hauptstädten wieder mehr nach innenpolitischen Zwängen orientieren.

Eingebettet in die internationalen Beziehungen liegt das deutsch-amerikanische Verhältnis wie der Trüffelschinken in der Pastete. Manchmal weiß man allerdings nicht mehr ganz, ob es sich noch um echte Trüffel handelt, die werden, wie man weiß, rar. Und doch ist kein Zweifel an der grundsätzlichen Bonität der beiden Partner Washington und Bonn angebracht. Wie Helmut Kohl und Ronald Reagan sich anstrahlen, das ist nicht nur ein Auftritt fürs Fernsehen, das ist wirkliche Freundschaft.

Beziehungen zwischen den Staaten bedürfen solcher Auftritte nicht, wenn die gemeinsame Interessenlage fest verankert ist. Aber Schaden kann es nicht, wenn sich zur Gemeinsamkeit der Interessen der Wein der Freundschaft kredenzen läßt.

Sie ist wie der Schild, hinter dem geschützt man sich dann ordentlich anheben kann. Kohl scheint sich da nicht, wie man weiß, rar. Er ist, vergleicht man ihn mit Reagan, wahrschijnlijk sogar der Direkteur. Das mag in der Natur von Mittelmächten liegen: Wenn sie sich nicht mehr zu helfen wissen, meinen sie, laut und deutlich werden zu müssen. Der Amerikaner kann seine Macht hinter der Suada der Freundschaft tarnen. Der

Deutsche muß aus dem Bewußtsein der Abhängigkeit - was nicht Mangel an Souveränität bedeutet - ein Programm möglichst deutlicher Vorstellungen ableiten. Etwa zur Abrüstung.

Die Amerikaner sind zuweilen frustrierend vage. Die Deutschen empfinden zurecht. In Washington darf die Bürokratie sich wochenlang Grabenkämpfe liefern, und die Administration und der Kongreß ebenfalls. In Bonn gibt es ein Parlament, das heißt ahlesbare Mehrheiten. Und es gibt einen Kanzler, das heißt Richtschnurkompetenz. Daß aus all dem nicht immer deutliche Politik wird, ist ein anderes Kapitel. Wir wünschen uns ebenfalls, daß der amerikanische Präsident häufiger sein "The buck stops here", sein exekutives Stopp hinter die Querelen seiner Berater setzt. Politik ist eben kein Hochglanzphoto.

Was wissen wir von unserem amerikanischen Gegenüber, was er von uns? Erschreckend wenig, so müssen Berichterstatter immer wieder feststellen. Falls Ronald Reagan sich im Vorhinein über seinen Freund Helmut Kohl und die Lage der von ihm geführten Regierung aus der Presse hätte informieren wollen: Er wäre ganz schön in die Irre geführt worden.

Da stand zum Beispiel in der "Washington Post" ein Aufsatz des Professors der Georgetown-University, Norman Birnbaum, unter der Überschrift "Bundeskanzler Kohl ist angeschlagen". Nun gut, über Interpretationsmancen kann man streiten. Aber die Unterzeile des Stückes? Seine Tage an der Macht sind möglicherweise gezählt. Jeder, der sich in der Presse auskennt, weiß, daß das Wort "möglicherweise" nur ein Feigenblatt ist: Der Autor verhält damit unschwer seine eigentliche Überzeugung: daß die Tage Kohls wirklich gezählt seien. Wegen Flick und anderer Krisen, wie er schreibt. Und er vermutet fürs nächste Jahr auch schon den "wahrscheinlichen" Nachfolger: Finanzminister Stoltenberg.



Auch trotz gelegentlicher Turbulenzen: Es weht ein Wind der Freundschaft.

FOTO: POLY PRESS

Ronald Reagan ist aber kein Mensch, der die Presse allzu ernst nimmt. Er respektiert sie als wichtigen Teil öffentlicher Vorgänge. Aber er weiß das alles mit einem Körnchen Salz zu nehmen. Doch bleibt das verzerrte Bild, vorgestellt in einer prominenten Zeitung, für die uneingeweihte Öffentlichkeit verfügbar. In Kreisen der sich für kenntnisreich haltenden Washingtoner Gesellschaft wurde daher Birnbaums These schon seit Anfang November kräftig kolportiert. Der Autor hatte sie, lange vor Veröffentlichung, herumgetragen.

Nun ist Norman Birnbaum nicht irgendwer. Man liest ihn zuweilen im "Vorwärts", im "Spiegel", und auch in der WELT, wo er vor einem Jahr in einem brillanten Essay den Einfluß deutschen sozialen Gedankenguts in der amerikanischen Kulturgeschichte nachwies.

Birnbaum hat gute Beziehungen zur Opposition, auch zu den Grünen; in Deutschland bildet er oft die Brücke zurück zum Kennedy-Kreis. Also ein durchaus "eingespeister" Mann. Aber voller Spekulation und politi-

scher Hyperbel, wie viele Kenner. Und selbstverständlich nicht frei von politischer Ambition. Sollte das alles den ruhigen Blick trüben?

Genauigkeit des Studiums der Vorgänge in beiden Hauptstädten kann man Deutschen und Amerikanern nicht häufig genug wünschen. Wir haben ohnehin nur das Jahr 1985 als Fenster der Möglichkeiten ergebnisreicher Zusammenarbeit vor uns. Danach dürften sich die Fahrpläne in beiden Hauptstädten wieder mehr nach den innenpolitischen Zwängen richten.

Ronald Reagans Ära neigt sich dem Ende entgegen: Das muß man, gerade am Anfang seiner zweiten Amtszeit, sehen. 1986 stehen die wichtigsten Kongreß-Halbzeitwahlen seit langem bevor. Da kommen beispielsweise unter den vierunddreißig neu zu wählenden Senatoren allein zwanzig republikanische an die Reihe. Das kann den fest sicheren Verlust der Mehrheit der Konservativen im Senat bedeuten.

Dann hätte der Präsident in beiden Kammern des Kongresses die Opposition mehrheitlich gegen sich. Sein Einfluß muß sich, auch weil er nicht

wiedergewählt werden kann, vernünftiger machen. Außerdem hatte ich eine Idee für ein Produkt, die ich bei meiner alten Firma nicht verwirklichen konnte." Der Mann, der das sagt, war Geschäftsführer für Zentraleuropa bei einem großen amerikanischen Roboter-Hersteller in Frankfurt. Seit einem Jahr ist Norbert Schlamm Chef eines eigenen Unternehmens. Er ist Geschäftsführer und Geschäftsführer der Industrieroboter GmbH (Ro-Ber). Seine Adresse: Berliner Innovations- und Gründerzentrum in der Ackerstraße im traditionellen Berliner Arbeiterbezirk Wedding.

Den Traum von der Selbstständigkeit hat sich der Diplom-Ingenieur Ende 1983 erfüllt. Mit zwei Mitarbeitern fing er im Gründerzentrum nahe der Berliner Mauer an, Roboter zu bauen. Zunächst Sonderfertigungen, jetzt eigene Entwicklungen. Auf der nächsten Hannover-Messe im April 1986 will er bereits den schnellsten Palettier-Roboter der Welt vorstellen. Von den inzwischen 18 Mitarbeitern sind acht in der Entwicklung tätig.

Im Silicon Wedding weht ein Hauch von Gründerzeit

BIG, BIG Tech 84 oder TIP, das sind Worte, die in den Ohren der Berliner wie Zukunftsmusik klingen. Junge mutige Wissenschaftler werden Unternehmer und setzen auf den Standort Berlin. Auf Deutschlands erster Innovations- und Technologie-Messe stellen sie sich und ihre Projekte vor.

Von TIM BEIER

Ich wollte mich immer schon selbstständig machen. Außerdem hatte ich eine Idee für ein Produkt, die ich bei meiner alten Firma nicht verwirklichen konnte." Der Mann, der das sagt, war Geschäftsführer für Zentraleuropa bei einem großen amerikanischen Roboter-Hersteller in Frankfurt. Seit einem Jahr ist Norbert Schlamm Chef eines eigenen Unternehmens. Er ist Geschäftsführer und Geschäftsführer der Industrieroboter GmbH (Ro-Ber). Seine Adresse: Berliner Innovations- und Gründerzentrum in der Ackerstraße im traditionellen Berliner Arbeiterbezirk Wedding.

Den Traum von der Selbstständigkeit hat sich der Diplom-Ingenieur Ende 1983 erfüllt. Mit zwei Mitarbeitern fing er im Gründerzentrum nahe der Berliner Mauer an, Roboter zu bauen. Zunächst Sonderfertigungen, jetzt eigene Entwicklungen. Auf der nächsten Hannover-Messe im April 1986 will er bereits den schnellsten Palettier-Roboter der Welt vorstellen. Von den inzwischen 18 Mitarbeitern sind acht in der Entwicklung tätig.

Eine Vorstufe zu diesem schnellen Roboter präsentiert Schlamm jetzt auf der am Freitag zu Ende gegangenen "Big Tech '84", Deutschlands erster Innovations- und Technologie-Messe. Auf dieser Messe im Berliner Innovations- und Gründerzentrum - kurz BIG genannt - stellen 73 junge Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen aus den neuen Technikbereichen aus.

der tatsächlichen Nutzung bezahlt und senken so die laufenden Kosten. Die Mieten sind am Mittelfeld der Berliner Gewerbemieten orientiert. Zunächst werden die Räume für maximal fünf Jahre vermietet.

Der Berliner Senat läßt sich das Projekt im Rahmen des Strukturprogramms zum Ausbau der Struktur- und Innovationspolitik 3,7 Millionen Mark kosten. Davon entfielen allein 2,7 Millionen Mark auf den Umbau und die Renovierung der Fabrik.

Eine Brutstätte für neue Technologien will Senator Pieroth aus Berlin machen. Schon spricht man an der Spree mit Blick auf das kalifornische Silicon Valley von einem "Silicon Wedding". In unmittelbarer Nachbarschaft zum BIG soll nämlich im nächsten Frühjahr der "TIP" - Technologie- und Industriepark Humboldt-hain "angelegt" werden.

Dort werden allerdings keine Neugründer, sondern bereits etablierte Unternehmen einen neuen Standort finden. Und zwar auch auf ehemaligem AEG-Gelände in der Fabrikhallen an der Brunnenstraße, die unter Denkmalschutz stehen. Die "Anlage" dieses Parks wird der Senat rund 83,5 Millionen Mark kosten.

Berlin - ein Forschungs- und Technologie-Zentrum

In der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft ist man optimistisch, daß sich dort ähnlich gute Erfolge zeigen wie beim BIG.

Berlin ist dabei, seinen Ruf als international orientiertes Forschungs- und Technologiezentrum weiter auszubauen. Diese Feststellung trafen sowohl Wirtschaftsminister Pieroth als auch Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig. Mit einer "Technologie- und Innovationswoche Berlin 1984" wurde dieser Anspruch in den letzten Tagen eindrucksvoll unterstrichen.

Der Kampf in Bilbao ist ein Kampf um Spaniens Einheit

Im Baskenland herrschen die schwersten Unruhen seit Ende der Franco-Ära. Aus Arbeiterdemonstrationen werden Aktionen einer echten Stadtguerilla. Die Madrider Regierung aber hält fest an der nationalen Einheit Spaniens.

Von ROLF GÖRTZ

Es ist mittags gegen zwei Uhr im Baskenland. Im Speisesaal des "Erreila"-Hotels in Bilbao Matscht man gedämpft Beifall zu einer köstlichen Frischensuppe mit süßem Knoblauch. Ihr Schöpfer, der aus Madrid eingekommene Chefkoch vom "Ritter", weiß um seine Präzision.

Zur gleichen Stunde hocken in Pamplona (Navarra) zwei Feuerwerker der Guardia Civil in monströser Verkleidung unter einem Schutzschild. Mit langsamen, unendlich vorsichtigen Bewegungen trennen sie zwei Bleicheimer, entschärfen so eine der gefährlichsten Bombenfallen der Terrororganisation ETA.

Wären die elf Kilo Dynamit explodiert, hätten 30 Kilo Schrauben, Kettenglieder und rostige Nägel ein furchtbares Massaker angerichtet.

Zur gleichen Stunde versucht in San Sebastian ein Vertrauensarzt der Polizei, ein Psychologe, einem jungen Guardia, der auf der Couch vor ihm liegt, die irrsinnige Angst zu nehmen, die schon eine ganze Reihe seiner Kollegen in den Selbstmord trieb. Zerbrochen von der Belastungsprobe, Tag für Tag und Nacht für Nacht durch feindlich gesinnte Dörfer und regennasse Wälder Streife gehen zu müssen - jeden Augenblick gewärtig, aus dem Hinterhalt erschossen oder von einer Mine zerrissen zu werden.

Zur gleichen Stunde schlendern Studenten in Jeans, bunten Anoraks und Schals von der Deusto-Universi-

tät über die Brücke zur Innenstadt von Bilbao. Auf dem Gelände der Baskalduna-Werft schräg unter ihnen ein Bild äußerer Ruhe. Nationalpolitisten lehnen mit Schnellfeuergegewehren an fortgeführten Barrikaden vor den Spuren der Kämpfe, bei denen sich tagelang Werftarbeiter und Nationalpolitisten gegenüberstanden. Das war keine Protestaktion mehr - hier kämpfte eine aus dem Hintergrund geleitete Stadtguerilla. Unbekannte Männer, das Gesicht von Schals verdeckt, schossen mit Stein-schleudern gegen Polizisten, warfen Molotowcocktails auf die gepanzerten Mannschaftswagen, schickten einen schweren Kran mit Stahlkette, die man üblicherweise zum Einreißen von Mauern benutzt, gegen die kleinen Fahrzeuge. Über 200 Menschen, Werftarbeiter, Polizisten und Passanten, wurden bei diesen Kämpfen verletzt. Ein Arbeiter starb am Herzschlag.

Um eine Ausdehnung der Unruhen auf die Stadt zu verhindern, stürmten Polizei-Einheiten das Werftgelände, zerbrachen die Mauer und zerstörten Polizisten die Büros der Betriebsgewerkschaften.

Die Protestaktion löste der seit Monaten bekannte Plan der Regierung zur Reduzierung der Werft- und Stahlindustrie aus. Unternehmer und Gewerkschaften der sozialistischen Regierungspartei in Madrid, UGT, hatten dem Plan zugestimmt, der den zu entlassenden Werftarbeitern über drei Jahre hinaus 80 Prozent ihres Lohnes zusicherte. Trotzdem riefen baskische Regionalgewerkschaften zum Generalstreik auf. Und immer mehr konzentrierte sich ihr Protest auf die Gebäude der UGT-Gewerkschaft als die eigentliche Repräsentanz der Regierungspartei in Madrid neben der Polizei und der Armee. Der Arbeitskonflikt wird so unversehens

zum Politikum: Basken gegen die Zentralregierung.

Der Haß, der vor zehn Jahren dem Franco-Regime galt, richtet sich heute in der gleichen Stärke gegen die sozialistische Regierung Gonzalez "Faschistenminister", skandieren faustschwingend Demonstranten. Die Stimmung wird angeheizt durch den Mord an einem Politiker der linken Nationalisten des Baskenlandes, der Herr Batasuna-Partei. Ihre Zentrale will jetzt den Eindruck erwecken, als ob Polizisten in Zivil die Mörder waren.

Die Bevölkerung verhält sich indifferent: "Wir wollen als Basken leben, aber nicht für einen unabhängigen Staat kämpfen", sagt ein Geschäftsmann, der sorgfältig abwägt, ob und wann er seine Rolläden bei einem Generalstreik herunterläßt. Wenn er es tut, dann nur aus Angst vor den Stoßtrupps der Randalierer. Der Unternehmer Luis Olarra formuliert: "Die Zentralgewalt der Landesregierung in Vitoria droht weit über das hinauszuweisen, was wir Basken eigentlich anstreben, nämlich die autonomen Rechte der Gemeinden, Städte und Kreise, ähnlich den "Fueros", die uns einst die spanischen Könige zusicherten." Tatsächlich war das Baskenland, abgesehen von einem kurzen Zeitabschnitt während des Bürgerkrieges, niemals ein eigener Staat.

Genau in diesem Punkte scheint die Madrider Regierung auch einhaken zu wollen. In einem langfristigen Plan zur Befriedung des Baskenlandes, dessen Details noch geheimgehalten werden, soll Zug um Zug die Nationalpolizei von der landeseigenen Polizei mit den roten Boinas, den Mützen der Basken, ersetzt werden.

Dies ist eine der Forderungen der ETA-Terrororganisation und jener Nationalisten von rechts und links, die mit Madrid nicht einverstanden sind. Auch die im Baskenland regie-

rende bürgerliche Nationalistenpartei verlangt die Vereinigung mit der ehemaligen Provinz Navarra, heute ein eigenes Land.

Ein Kompromiß zeichnet sich in der Existenz der historischen Landtage, "Forales", ab, die in den baskischen Provinzen Guipuzkoa, Viskaya und Alava sowie in Navarra auch heute noch ihre Bedeutung haben. Neben den Landesregierungen in Vitoria (Baskenland) und Pamplona (Navarra) soll auf dem Wege über die vier Provinzialtage eine Forale-Union angestrebt werden.

Solange die Regierung Felipe Gonzalez dabei an der staatlichen Einheit Spaniens eisern festhält, hält auch die Armee loyal zu ihr. Eine Putschgefahr, das Eingreifen der Armee auf eigene Faust als offener Ausruch eines Bürgerkrieges, ist völliger Unsinn", sagen Offiziere und Generale, die sonst keineswegs mit Gonzalez und den Sozialisten einverstanden sind, auch in vertrauten Gesprächen. Sie vertrauen auf die feste Haltung des Regierungschefs.

Dennoch bauen die Hintermänner der Arbeiteraufstände heute in baskischen und morgen in katalonischen Industriebetrieben auf eben einen solchen Eklat. Sie hoffen, die NATO-Frage auf ihre Weise lösen zu können. Denn eine nervöse, putschende Armee könnten sich die NATO-Partner an ihrer Seite nicht leisten. Und schon hört man einen deutschen Rundfunksprecher fragen: "Muß man nicht am demokratischen Prozeß in Spanien zweifeln, wenn man sieht, daß Hunderttausende in Madrid die Franco-Ära feiern?"

So wie Norbert Schlamm haben vor einem Jahr - das BIG wurde am 30. November ein Jahr alt - auch 14 andere Jungunternehmer, vor allem Wissenschaftler der Technischen Universität Berlin, angefangen. Sie haben das Angebot angenommen und im ersten Gründerzentrum der Bundesrepublik Deutschland den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt. Bis zum Ende dieses Jahres werden auf diesem ehemaligen Stammgelände des AEG-Konzerns 25 Firmen mit rund 80 qualifizierten Beschäftigten untergebracht sein, so Berlins Wirtschafts-senator Elmar Pieroth. Und die Interessen für einen Platz im BIG stehen Schlange.

Die Zahl der Bewerber wächst ständig

Mehr als 20 Bewerbungen liegen gegenwärtig vor - sogar aus dem Ausland. Für ein zweites und drittes Gründerzentrum, die nach den Vorstellungen des Berliner Wirtschafts-senators entstehen sollen, liegen schon 45 Anmeldungen vor. Neue Gründerjahre in Berlin?

In das alte AEG-Fabrikgebäude sind neues Leben und neuer Mut eingezogen. Wissenschaftler und Techniker entwickeln und produzieren, angefangen von Geräten der Industrie-Elektronik und Prozeßdatenverarbeitung über Roboter bis hin zu neuen Produkten der Hochfrequenztechnik und Mikrocomputer-Anwendungen für medizinische Probleme. Die Nähe der Technischen Universität, die an dem Gebäude einige Forschungsinstitute zusammengefaßt hat, ermöglicht den Gründer-unternehmen jederzeit einen engen Kontakt zur Forschung.

Gemeinschaftseinrichtungen wie Sekretariat, Empfangs- und Telefon-dienst oder Besprechungsräume werden von den Unternehmen nur nach

Einige Woche lang war die Stadt Treffpunkt für Technologieunternehmer und Kunden aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Im Internationalen Congress Centrum am Funkturm versuchte man den "Technologie-transfer zu aktivieren". Das reichliche Angebot an neuen Technologien in der Bundesrepublik wird, so Hans Trautmannsberger von der Berliner Messtechnikfirma AMK, von den Unternehmen noch zu wenig genutzt. Schwellenangst ist ein Grund für die Zurückhaltung.

Besonders mittelständische Unternehmen tun sich schwer, den Kontakt zu Wissenschaftlern zu suchen und deren Ideen in neue Produkte umzusetzen. Diesen Unternehmen soll Hilfe angeboten werden, wie sie ihre Wettbewerbschancen auch auf den internationalen Märkten durch den Einsatz neuer Technologien verbessern können. Wie stark das Interesse - auch des Auslandes - an diesem Forum war, zeigt, daß unter den 74 beteiligten Unternehmen Firmen aus Belgien, der CSSR, Frankreich, Liechtenstein, Großbritannien und Österreich waren.

Um Möglichkeiten zur Beherrschung der dritten industriellen Revolution ging es im Berliner Reichstag auf einer Tagung "1984 und danach - die gesellschaftliche Herausforderung der Informationstechnik". Die von der Bundesregierung und der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) veranstaltete Konferenz befaßte sich mit den Auswirkungen der Informationstechnik nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Gesellschaft und den Menschen.

Orwells Visionen von der totalen Überwachung des Bürgers durch den Staat sollte in den Ländern der freien Welt auch im Zeitalter der Informationstechnik keine Chance gegeben werden, meinte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber vor den Teilnehmern aus 24 Ländern.

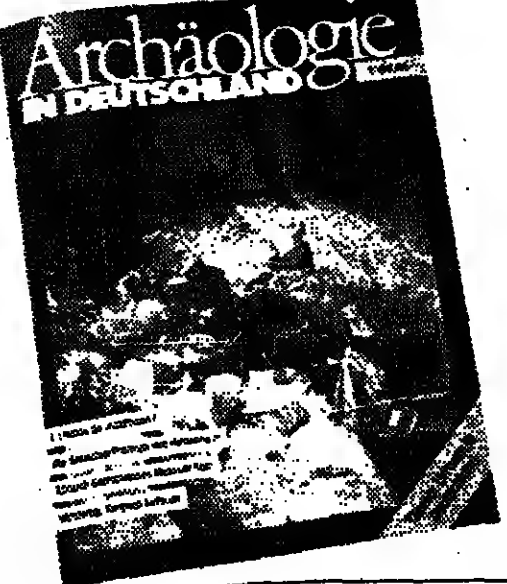


Kampf in Bilbao: Arbeiter schießen mit Schleudern auf Polizisten

FOTO: AP

Archäologie in Deutschland
informiert über die neuesten Ergebnisse der Forschung, bringt spannende Berichte zu wichtigen archäologischen Themen
- mit aktuellen Berichten über neue Funde in unserer Heimat, über gefährdete und gerettete Denkmäler, mit Tips für Museen, für archäologische Wanderungen und Ausstellungen.

Archäologie in Deutschland
ist von Fachleuten für interessierte Bürger geschrieben
- mit grundlegenden Themenbeiträgen zur Archäologie und Kulturgeschichte der Menschheit in jedem Heft.



Archäologie in Deutschland
erscheint ab Okt. 1984 vierteljährlich
Format 21 x 28 cm. 36 Seiten mit zahlreichen, teils farbigen Abbildungen. Einzelheft DM 8,-, Jahresabonnement DM 30,- zzgl. Porto.

Archäologie in Deutschland
wird jeder lesen wollen, der an Geschichte sowie an den Themen und Aufgaben der Archäologie interessiert ist.
Bitte fordern Sie Ihr Probeheft an.
(Kostenlos und unverbindlich)

Konrad Theiss Verlag GmbH
Villastr. 11
7000 Stuttgart 1

Gutschein
für ein Probeheft
(kostenlos und unverbindlich)
Bitte ausschneiden und an den Verlag senden
Bitte eingetragene Adressen nicht.

Die neue Zeitschrift
für den historisch und archäologisch interessierten Leser

Hat Börner den Grünen zuletzt doch noch eine Brücke gebaut?

An diesem Wochenende entscheidet sich die Zukunft des rot-grünen Bündnisses in Hessen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Das Städtchen Lich in Mittelhessen wird an diesem Wochenende zum Entscheidungsort der hessischen Politik. Hier wollen die Grünen Landtagsabgeordneten, gemäß Satzung der Alternativ-Partei, die „Basis“, also die Parteimitglieder, entscheiden lassen, ob die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten fortgesetzt werden soll oder nicht.

Das hessische rot-grüne Bündnis, das erste in der Bundesrepublik Deutschland, war vor zehn Tagen daran zerbrochen, daß die SPD-Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Holger Börner angekündigt hatte, sie wolle die Hanauer Nuklearfabrik Nukem eine Teilerweiterungsgenehmigung für ein neues Betriebsgebäude erteilen. Die Grünen sahen darin einen „Einstieg in den Plutoniumtaut“. Die Auflage der Landesregierung, das Nukem „atomwaffenfähig“ zu machen, „20 Prozent angereichertes Uran nur noch zur Abwicklung von „dann“ - also zum Zeitpunkt der Betriebsgenehmigung in frühestens vier Jahren - bestehenden Lieferverträgen verarbeiten dürfen, werteten sie als „Einladung“ an solche Länder, die gern Atomkraft besitzen würden, solche Verträge noch schnellstens abzuschließen.

Inzwischen ist der Streitpunkt zwar erledigt. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat Börner angewiesen, die in Bundesauftragsverwaltung zu erteilende Teilerweiterungsgenehmigung ohne die bewußte Auflage auszustellen. Börner sah keinerlei rechtliche Ausweichmöglichkeit und fügte sich. Nukem kann damit entgegen den

grünen Forderungen auch mit hochangereichertem Uran arbeiten.

Dennoch haben die Mitglieder der Grünen-Landtagsgruppe zunächst an ihrem unversöhnlichen Kurs gegenüber der Regierung festgehalten. Ihr Argument: Die Landesregierung habe sich bereits mit dem Entwurf der ersten Teilerweiterungsgenehmigung an die Politik der Bundesregierung angepaßt und damit die Chance vertan, gemeinsam mit der Öko-Partei gegen den weiteren Ausbau der Atomwirtschaft vorzugehen. Außerdem sei das Genehmigungsverfahren für die Hanauer Plutoniumfabrik Alkem nach wie vor offen. Die Landesregierung solle wenigstens hier „endgültig eine eindeutige Position beziehen“.

Was zuerst nur wie ein Nachsatz ohne sonderliches Gewicht klang, entpuppte sich gestern plötzlich als hochaktuelles Politikum. Ministerpräsident Börner, von Parteifreunden vor allem aus Südhessen, von Jusos und linken Flügelmitgliedern gedrängt, das rot-grüne Bündnis am Leben zu halten, setzte am Vorabend der Grünen-Landesversammlung ein Signal. In einem Zeitungsinterview erklärte er, er habe seinen Standpunkt über die Wiederaufarbeitungsanlage grundsätzlich revidiert. Börner: „Ich bin heute für direkte Endlagerung...“ Die hessische Landesregierung wird die Entsorgungssatzung, die zwischen Bund und Ländern 1979 abgeschlossen wurden, so nicht mehr weiter mittragen. Wir werden nächstes Jahr, wenn sie auslaufen, einen anderen Vorschlag machen... Direkte Endlagerung ist sicher als ein Wiederaufarbeitungs-

kreislauf, weil immer mehr giftige Dinge dabei rauskommen.“

Hinter diesen Gesetzen verbirgt sich chiifriert so etwas wie eine vorsichtige Absetzbewegung von den Plänen der Nukem-Tochter Alkem, ihre Firma in Hanau auszubauen. Die Grünen haben den Betrieb dieses Unternehmens für „illegal“ erklärt und erwarten von der Landesregierung eine Verweigerung der beantragten Teilerweiterungsgenehmigung. Gegen dieses Ansinnen hat sich SPD-Sprecher Hans Zinnkann zwar gestern gegenüber der WELT ausdrücklich verwahrt. Allerdings sei die SPD dabei, ihre Haltung zur Atomenergie zu überprüfen.

Von den Grünen wurde dieses Signal des Ministerpräsidenten sofort aufgegriffen. Einige Mitglieder der Landtagsgruppe, so die Sprecherin der Partei, Priska Hinz, arbeiteten gestern nachmittag an einem Antrag für die Fortsetzung des Teilerweiterungsbündnisses mit der SPD. Begründung laut Hinz: „Wer gegen die atomare Wiederaufarbeitung ist, der kann nicht gleichzeitig für Alkem sein.“ Die Hanauer Firma bereite Plutonium auf, das aus Wiederaufarbeitungsanlagen geliefert werde.

Allerdings versicherte die Grünen-Sprecherin, die SPD müsse hier Standpunkt in dieser Sache noch deutlicher machen. Die Grünen im hessischen Landtag würden den Haushaltsplan für 1985 nicht mittagen können, „wenn die SPD nicht eine andere Haltung zur Atomenergie einnimmt als bisher“. Damit war die Brücke sichtbar, die die Grünen-Landtagsgruppe beschreiten will, um ihr Bündnis mit Börner in letzter Minute doch noch zu retten.

„Strauß sollte Flick beraten“

dpa, Bonn

Der jetzige Flick-Generalbevollmächtigte Heribert Blaschke hat sich 1978 an den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß mit der Bitte gewandt, den Konzernchef Friedrich Karl Flick auf mögliche Schwierigkeiten bei den Anträgen des Unternehmens auf Steuerbegünstigungen hinzuweisen. Blaschke begründete seinen Schritt vor dem Untersuchungsausschuß am Freitag damit, daß der frühere Geschäftsführer Eberhard von Brauchsch ihm „abgeblockt“ habe.

Blaschke hatte offenbar Bedenken, die Angaben zu der Kooperation des Unternehmens mit dem amerikanischen Mischkonzern Grace könnten nicht ausreichen. Mit dieser Kooperation hatte Flick die Anträge auf Steuerbefreiung aus volkswirtschaftlichen Gründen untermauert, nachdem er sich für rund 800 Millionen Mark bei Grace eingekauft hatte.

Reents verteidigt Randalierer

AP, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jürgen Reents, hat am Freitag in Bonn die Gruppe von Funkern in Schutz genommen, die am Vortag wegen „Randalen“ im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hausverbot im Bundestag erhalten hatten. Reents, der die 50 Jugendlichen aus Hamburg zu einem offiziellen Besuch eingeladen hatte, bestätigte in einer Erklärung unter anderem, daß die jungen Leute im Ministerium ein Bild von Bundespräsident Richard von Weizsäcker „von der Wand geklaut“ hätten. Möbelstücke beschädigt und im Hotel Feuerlöcher entzündet hätten.

Sowas könne mal vorkommen, wenn 50 Jugendliche mit der Repräsentation eines Staates und einer Gesellschaft zusammentreffen, die ihnen no future beschert“, sagte der Abgeordnete der Grünen.

Minister will Kabel verweigern

AP, Bonn

Bundesländer, die nicht die medien- und rundfunkpolitischen Voraussetzungen für die Verbreitung privater Programme schaffen wollen, sollen von der Bundespost offenbar nicht mit den dafür benötigten Verkabelungen versorgt werden. Das hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling am Freitag sowohl vor Journalisten in Bonn als auch in einem Brief an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Johannes Rau, angedeutet.

Der Minister sagte nach einer Wirtschaftsmarketingkonferenz der Länder in Bonn, es werde keine zusätzliche Verkabelung für neue Fernsehprogramme geben, wo nicht entsprechende positive Signale für die Zulassung solcher Programme gegeben würden. „Man braucht keine Wasserleitungen dort, wo kein Wasser fließen soll“, sagte Schwarz-Schilling.

Katholische Kirche enttäuscht vom Rundfunk

fac. Bonn

In der katholischen Kirche beginnt sich eine enttäuschte Haltung gegenüber den künftigen privaten elektronischen Medien durchzusetzen. Symptomatisch für diese positive Betrachtungsweise ist die Rede des Limburger Weihbischofs Walther Kampe auf der Jahresversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf. Kampe, führender katholischer Medienexperte, sprach offen von der Chance, daß eine Teilerweiterung im elektronischen Bereich, ein Gegengewicht bilden kann, um die Verfallung von Parteien und Medien aufzuheben und mehr Kreativität in das Medienwesen zu bringen.

Kampe präziserte die Haltung der Kirche: Seit jeher wolle sie weder einen „Staatsrundfunk“ noch die „volle Kommerzialisierung“ der Medien. Jedoch sei sie „enttäuscht“ von der Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch die Parteien. Der Weibbischof verband seine positiven Erwartungen an die neuen Medien mit der Forderung, in ihnen die „Gesellschaftspflichtigkeit“ zu garantieren, damit nicht nur finanzstarke, sondern auch gemeinnützige Gruppen zu Wort kämen.

Nach einer Informationsreise durch die USA vertrat der Freiburger Ordinarius Bernd Uhl die Auffassung, daß auch die katholische Kirche das Kabelfernsehen nutzen müsse. Ein eigenes katholisches Fernsehprogramm wäre allerdings ein hohes finanzielles Risiko. Statt dessen sollte die Kirche versuchen, ohne Aufgabe ihrer Position bei ARD und ZDF behutsam mit den privaten Veranstaltern ins Gespräch zu kommen. Ein Pochen auf Rechtspositionen werde dabei wenig helfen, günstige Sendepunkte zu bekommen. Für den Ordinarius ist ein kaufmännischer Gesichtspunkt entscheidend: gute Sendezeit in einem attraktiven Privatprogramm kaufen und gut gemachte Beiträge liefern. Dazu wäre es allerdings notwendig, „die eigenen vorhandenen Produktionskapazitäten zu überprüfen, ob sie den erforderlichen Ansprüchen genügen“, fügte er selbstkritisch hinzu. Es müsse aber erklärt werden, ob sich das kirchliche Angebot nur an Katholiken oder aber an die Gesamtbevölkerung wenden sollte.

Während einer Diskussion in der Katholischen Akademie Freiburg wurde ausdrücklich vor „Getto-Programmen“ gewarnt.

Die WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is \$5.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Statt Pensionär soll Mühlfenzl ein „zweiter Intendant“ werden

Er ist als Chef der bayerischen „Landeszentrale für Neue Medien“ im Gespräch

PETER SCHMALZ, München

Wenn Rudolf Mühlfenzl, den ARD-Zuschauern als Kommentator und Moderator seit Jahrzehnten vertraut, heute in einem Münchner Studio 600 Gäste zum Geburtstagsempfang begrüßt und sein schreibender Kollege Johannes Gross die Laudatio auf den 63jährigen Jubilär hält, dann beginnt für den rastlosen Tele-Macher im Pensionsalter der Start in eine neue Zukunft. Und diese ist der Tatsache zu verdanken, daß just am selben Tag das bayerische Medien-erprobungs- und -entwicklungsgesetz (MEG) in Kraft tritt, das privatem Funk und Fernsehen im Freistaat den rechtlichen Rahmen und den Bayerischen Rundfunk (BR) wie dem ZDF eine neue Konkurrenz bringt.

Nun hat Mühlfenzl, einst Chefredakteur des BR-Fernsehens, als Direktor des Münchner Kabelpilotprojekts und als Berater der Staatsregierung nicht wenig zum Gelingen dieses Gesetzes wie auch zum bayerischen Start ins neue Medienzeitalter beigetragen, der für ihn persönlich aber interessanteste Aspekt liegt darin, daß eine „Landeszentrale für Neue Medien“ geschaffen werden soll. Sie wird als zweite öffentlich-rechtliche Anstalt in Bayern die neuen Programme verantworten und soll unter der Führung eines Präsidenten stehen, dessen Funktion der

eines Rundfunk-Intendanten gleicht. Offiziell herrscht noch Stillschweigen darüber, wer im kommenden Jahr von dem ebenfalls erst zu gründenden Medienrat (das neue Aufsichtsgremium ähnlich dem Rundfunkrat) auf diesen Posten gewählt wird. Aber inoffiziell besteht kein Zweifel: Der Favorit heißt Mühlfenzl.

Einige aktive CSU-Politiker haben ihr Interesse zwar auch erkennen lassen, ihre Chancen werden aber als zweitrangig eingestuft. Und der ebenfalls im Gespräch gebrachte Leiter der von der Bundesregierung eingesetzten Kommunikationskommission, Professor Eberhard Witte, dürfte kaum geneigt sein, seine bisherigen umfangreichen Tätigkeiten diesem Präsidentenstuhl zu opfern.

Mühlfenzl aber hat in den letzten Monaten beim Aufbau des nicht selbstbetriebligen Münchner Kabelprojekts bewiesen, mit welcher Energie er sich auf neue Aufgaben konzentrieren kann. „Ich fühle mich durchaus in der Lage“, sagte er kürzlich, „einer Sache, die in der Entwicklung ist, vorzustehen.“ Daß diese Einschätzung auch auf der höchsten bayerischen Regierungsebene geteilt wird, zeigt der Geburtstagsgrüßwunschn, den Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum 63. schickte. „Ich bitte Sie“, heißt es darin, „die Aufgabe, in die Sie ja die Erfahrung einer höchst

erfolgreichen Journalistenlaufbahn einbringen, mit Ihrem ganzen Engagement verbunden zu bleiben.“

Eine weitere Personalentscheidung gilt bereits als sicher: Zum Geschäftsführer der neuen Anstalt und damit zum Stellvertreter des Präsidenten wird der Medienreferent der Staatskanzlei, Ministerialrat Wolf Dieter Ring, berufen. Er gilt als einer der künftigen Medienbeamten Deutschlands, der auf Referentenebene über Jahre hinweg für die Kabel-Idee gegen heftige Widerstände aus anderen Staatskanzleien erfolgreich gekämpft hat.

Die bayerischen Sozialdemokraten versuchen das mit CSU-Mehrheit vor zwei Wochen beschlossene Medien-gesetz juristisch zu Fall zu bringen. Einstimmig beschloß die SPD-Fraktion im Landtag, Verfassungsklage zu erheben, da die in Artikel 111a der bayerischen Verfassung geforderte öffentlich-rechtliche Kontrolle der künftigen privaten Angebote nicht gewährleistet sei.

Staatskanzlei-Chef Edmund Stoiber gibt der Klage jedoch keine Chance, das Gesetz sei in allen Details der Rechtsproblematik eingehend geprüft. Die Klage wertete Stoiber als ein „Dokument der Konzeptions- und Hilfslosigkeit der SPD bei der Lösung der anstehenden Medienprobleme“.

„Mehr Moral, Mut und Bürgernähe“

Die „Demokratische Alternative“ (DA) nominierte Kandidaten für Berliner Wahlen

F. DIEDERICH, Berlin

Zwar wird seine Partei, die „Demokratische Alternative“, auf den Stimmzetteln am 10. März kommenden Jahres nur ganz unten stehen, so auf Platz 12 oder 13, noch hinter der SED und allerlei bunten Bürgergemeinschaften. „Kein Problem für uns“, weiß jedoch der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Dietrich Bahner seine Anhänger auf den Stimmzetteln suchen.

Rund 100 000 Berliner sollen es nach dem Willen Bahners sein, die ihr Kreuz an der richtigen Stelle platzieren, um so der „Demokratischen Alternative“, kurz „DA“, zu 10 Prozent der Wählerstimmen zu verhelfen, „aus dem Stand heraus“, wie der agile Parteigründer weissagt. Bei ihm stünden nach ganzseitigen Anzeigen in der Berliner Tagespresse die Telefonnummern noch still – er umschreibt es als „angenehmes Chaos“ und hat sich „noch nie so wohl gefühlt, auch nicht als Bundestagsabgeordneter“. Vier Jahre saß er in Bonn, elf Jahre lang hielt er immerhin in der Arbeiterhochburg Berlin-Wedding das CDU-Fähnchen als Kreisvorsitzender hoch.

Dietrich Bahner hat ein Parteipro-

gramm für seine „DA“ verknüpft, das er als Quersumme seiner bisherigen politischen Erfahrungen ausbildet. Generell haben ihm die existierenden politischen Parteien den Eindruck vermittelt, daß sie „die politischen Probleme unseres Volkes nicht zu lösen und ausgewogen zu gestalten vermögen“. Diese Philosophie hat er auch jenen Kandidaten mit auf den Weg gegeben, die bei den nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus in den 71 Wahlkreisen für die „DA“ antreten werden. Gestern Abend nominierte, sollen sie jetzt den Bürgern die Leitlinien des Parteiprogramms verkünden, von „mehr Moral und Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit, Mut, Menschlichkeit und Bürgernähe“ muß dann die Rede sein.

Mehr als 1000 feste Mitglieder habe seine Partei in den wenigen Wochen seit der Gründung gewinnen können, berichtet Bahner. Rund 32 000 hätten schon um Mitgliedschaft angefragt, seien also zukünftige Wähler, und jeden Tag kämen weitere 1000 dazu und seine drei Sekretärinnen an den Telefonen gehörig ins Schwitzen. Mit der „Bundespartei“ hat es freilich noch, entgegen einer ersten Ankündigung, Zeit. „Erst mal in Berlin alles

über die Bühne bringen“, sagt Bahner.

Vorerst begnügt sich der Messias der Bürgerlichen mit den Kneipen in Neukölln, wo er am liebsten mit Arbeitern fachsimpelt, die am 10. März ihre Stimme ihm und nicht dem regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen geben sollen, der als Spitzenkandidat in Neukölln gegen den ehemaligen Parteifreund Bahner angetreten hat. „Da freue ich mich schon drauf“, bilanzierte Bahner in dieser Woche als Ergebnis einer von ihm gestarteten Umfrage, welcher Partei denn die „DA“ größten Schaden zufügen werde. Und wie es so kam: Ausgerechnet der CDU, der er so lange treu gedient hatte, will man am Wahltag die meisten Stimmen abziehen. Denn von 2000 befragten Bürgern, die einen Coupon der „Demokratischen Alternative“ ausfüllten, hätten allein 500 bisher die CDU gewählt und dies als „kleinstes Übel“ in der Parteienlandschaft empfunden. Ob diese Wähler jedoch die „DA“ als noch kleineres Übel oder gar als Wohltat empfinden und dies auch auf dem Stimmzettel zum Ausdruck bringen wollten, diese Frage fehlte auf den Coupons.

Wer steckt dahinter?



Jede Bundesregierung ist für die Verwirklichung und Sicherung der Grundrechte und der Grundprinzipien der Verfassung verantwortlich. Sie muß deshalb alle gegen die Verfassung und die innere Sicherheit gerichteten Bestrebungen frühzeitig erkennen, ob diese nun von links oder rechts kommen.

Dafür gibt es seit 1950 das Bundesamt für Verfassungsschutz, das zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern gehört. Der Verfassungsschutz darf kraft Gesetzes nur Informationen sammeln.

Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes sind jedoch für die demokratische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland und die Sicherheit ihrer Bürger unverzichtbar.

- damit die Ziele und Methoden der Verfassungsfeinde offengelegt werden,
- damit eine geistig-politische Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus geführt wird,
- damit politische und gesellschaftliche Gruppen erfahren, wo und wie versucht wird, sie zu Bündnissen zu mißbrauchen, die gegen unsere Demokratie gerichtet sind,
- damit bei akuter Gefährdung des Rechtsstaates und seiner Organe gesetzlich geregelte Abwehrmaßnahmen der Polizei ergriffen werden können.

Wenn Sie mehr über den Verfassungsschutz und seine Erkenntnisse wissen möchten, fordern Sie bitte mit dem Coupon kostenloses Informationsmaterial an.

Coupon

☐ Bitte übersenden Sie mir den Verfassungsschutzbericht 1983 (solange der Vorrat reicht). ☐ Bitte übersenden Sie mir den Verfassungsschutzbericht 1984 (erscheint Mitte 1985).

Name, Vorname

Straße, Nummer

PLZ, Ort

Bundesminister des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit G.4 - Postf. 17 02 90 - 5300 Bonn 1

CHRISTIE'S AMSTERDAM

Auktionskalender Dezember 1984

Gemälde Alter Meister
4. Dezember 1984 um 14.30 Uhr
Vorbesichtigung: 29. 30. November und 1.-3. Dezember 1984
Orientalische Keramik, Möbel und Kunstwerk
6. Dezember 1984 um 11 und 14.30 Uhr
Vorbesichtigung: 1.-3. Dezember 1984
Judaica, Juwelen und Vitrinenobjekte
11. Dezember 1984 um 11, 14.30 und 19. Uhr
Vorbesichtigung: 6.-10. Dezember 1984
Holländisches und Europäisches Silber
12. Dezember 1984 um 11 und 14.30 Uhr
Vorbesichtigung: 6.-10. Dezember 1984
Möbel, Metallarbeiten, Zinn, Urm, Skulpturen, Kunstwerke
13. Dezember 1984 um 11, 14.30 und 19. Uhr
14. Dezember 1984 um 11 und 14.30 Uhr
Vorbesichtigung: 8.-12. Dezember 1984
Gemälde und Zeichnungen
18. Dezember 1984 um 11 und 14.30 Uhr
Vorbesichtigung: 15.-17. Dezember 1984
Vorbesichtigungszeiten: Täglich von 10 bis 16 Uhr und auch an Wochenenden 1/2, 8/9, und 15/16. Dezember
Für Auktionen und Kataloge:
Christie's Amsterdam B.V.
Cornelis Schuytstraat 57, 1071 JG Amsterdam
Tel: (020) 64 20 11. Telex: 15758

Christie's
Reinholdstr. 30
8000 München 32
Tel: (089) 22 95 39

Christie's
Al Fennelstr. 11a
4000 Düsseldorf
Tel: (021) 135 05 77
Telex: 587 599

Christie's
Wenzelsstr. 21
2000 Hamburg 61
Tel: (040) 27 79 08 66

zu hören
schafft
Vertrauen

Danken und Teilen



STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die Tauschbörse betrifft das Sommersemester 1985

Humanmedizin

1. klinisches Semester

1 Aachen	Freiburg	40 Essen	Lübeck	85 Marburg	Göttingen
2 Aachen	Heidelberg	41 Essen	TU München	86 Marburg	Hamburg
3 Aachen	Münster	42 Essen	Uni München	87 Marburg	Lübeck
4 Aachen	Würzburg	43 Essen	Mainz	88 Marburg	Uni Kiel
5 Bonn	Erlangen	44 Frankfurt	TU München	89 Marburg	Münster
6 Bonn	Freiburg	45 Frankfurt	Uni München	90 Marburg	Uni Mainz
7 Bonn	TU München	46 Gießen	Aachen	91 Marburg	Tübingen
8 Bonn	Uni München	47 Gießen	Düsseldorf	92 Marburg	Ulm
9 Bonn	Tübingen	48 Gießen	Freiburg	93 Marburg	Würzburg
10 Bonn	Ulm	49 Gießen	Köln	94 Marburg	Erlangen
11 Bonn	Würzburg	50 Gießen	Uni München	95 Münster	Freiburg
12 Bochum	Erlangen	51 Gießen	Tübingen	96 Münster	Hamburg
13 Bochum	Freiburg	52 Göttingen	Frankfurt	97 Münster	Mainz
14 Bochum	Tübingen	53 Göttingen	Heidelberg	98 Münster	Tübingen
15 Bochum	Ulm	54 Göttingen	Hamburg	99 Münster	Frankfurt
16 Bochum	Würzburg	55 Göttingen	Mainz	100 Mainz	Mannheim
17 FU Berlin	Aachen	56 Göttingen	Heidelberg	101 Mainz	Erlangen
18 FU Berlin	Bonn	57 Göttingen	TU München	102 Saarbrücken	Freiburg
19 FU Berlin	Bochum	58 Göttingen	Uni München	103 Saarbrücken	Heidelberg
20 FU Berlin	Düsseldorf	59 Göttingen	Mainz	104 Saarbrücken	TU München
21 FU Berlin	Essen	60 Göttingen	Würzburg	105 Saarbr.	Ulm
22 FU Berlin	Erlangen	61 Hannover	TU München	106 Saarbr.	Uni München
23 FU Berlin	Freiburg	62 Hannover	Uni München	107 Saarbrücken	Tübingen
24 FU Berlin	Göttingen	63 Heidelberg	Freiburg	108 Saarbrücken	Ulm
25 FU Berlin	Heidelberg	64 Heidelberg	Hamburg	109 Saarbrücken	Würzburg
26 FU Berlin	Hamburg	65 Heidelb.	TU München	110 Ulm	Tübingen
27 FU Berlin	Lübeck	66 Heidelb.	Uni München		
28 FU Berlin	Köln	67 Hamburg	Freiburg		
29 FU Berlin	Uni Kiel	68 Hamburg	Tübingen		
30 FU Berlin	Marburg	69 Lübeck	Frankfurt		
31 FU Berlin	Münster	70 Lübeck	Mainz		
32 FU Berlin	TU München	71 Köln	Aachen		
33 FU Berlin	Uni München	72 Köln	Düsseldorf		
34 FU Berlin	Mainz	73 Köln	Freiburg		
35 FU Berlin	Saarbrücken	74 Köln	Hannover		
36 FU Berlin	Würzburg	75 Köln	Hamburg		
37 Düsseldorf	Bonn	76 Köln	Lübeck		
38 Essen	Düsseldorf	77 Köln	Uni Kiel		
39 Essen	Erlangen	78 Köln	Münster		
		79 Köln	TU München		
		80 Köln	Uni München		
		81 Köln	Tübingen		
		82 Köln	Ulm		
		83 Marburg	Erlangen		
		84 Marburg	Frankfurt		

Humanmedizin

2. vorklinisches Semester

1 Bonn	Hamburg
2 FU Berlin	Freiburg
3 FU Berlin	Heidelberg
4 Frankfurt	Göttingen
5 Freiburg	Mainz
6 Marburg	Heidelberg
7 Marburg	Gießen
8 Mainz	Marburg
9 Ulm	Hannover
10 Ulm	Hamburg
11 Ulm	Uni Kiel

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1984/85

Die WELT gehört zu den im In- und Ausland am meisten zitierten deutschen Zeitungen. Sie gilt als eine wichtige Stimme Deutschlands in Deutschland und in der Welt.

هكذا من النجف

Spaniens Reformpartei sucht ideologische Lücke

Vorrangiges Ziel ist, den Sozialisten Wähler abzunehmen

ROLF GÖRTZ, Madrid
Keine Komplementärpartei, sondern die einzige wahre Alternative zur Regierungspartei. So charakterisierte der katalanische Politiker Miguel Roca die von ihm in Bewegung gesetzte Demokratische Reformpartei (PRD) bei ihrer Gründung in Madrid.
Da Roca bereits Fraktionsführer der katalanischen (Landes-) Regierungspartei im Madrider Parlament ist und er bei keiner zweiten Partei arbeiten kann, blieb ihm die Rolle des „Initiators“ überlassen. Außerdem ließ sich eine grüne Partei in das Register eintragen als „Los Verdes“ (LV-Die Grünen). Die Starthilfe von Petra Kelly mag schon aus der Namensgebung sichtbar werden.
Präsident der Reformpartei wurde Antonio Garrigues Walker, der kurz zuvor die von ihm nach langem Zögern gegründete liberal-demokratische Partei auflöste, um sich der neuen Aufgabe widmen zu können. Garrigues gehört einer wohlhabenden, politisch sehr vielseitigen Familie an.
Sie stellte in der alten Generation einen der führenden Diplomaten der Franco-Ära, verwaltete das den deutschen Bürgern nach dem Kriege abgenommene Eigentum in amerikanischen Auftrag. Ein Bruder des Parteichefs der jetzigen Generation starb als erfolgreicher Minister unter Adolfo Suárez, ein anderer Bruder hat sich den Löwenanteil am spanischen Handel mit der Sowjetunion gesichert.
Den Kern der neuen Partei bilden im wesentlichen Persönlichkeiten aus der zweiten Linie der inzwischen untergegangenen Suarez-Partei UCD. Die Reformpartei will „die Lücke zwischen der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) des Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez und der liberal-konservativen Volksallianz (AP) des Oppositionssprechers Manuel Fraga Iribarne füllen.“
Pragmatische Politik
Ideologisch gesehen aber gibt es gar keine Lücke zwischen diesen beiden Parteien, denn beide bekennen sich zur Mitte. Die Sozialisten gerieren sich sozialdemokratisch, ihre Wirtschaftspolitik ist pragmatisch und die Volksallianz hatte es als Mitte-Rechts-Partei lange Zeit schwer, sich als solche in der Opposition zu profilieren.
Das Handicap der AP besteht in dem ihr von der Regierungspartei und der linken Presse aufgeschwätzten „Dach“ des Parteiführers Fraga. Trotz oder wegen seiner für Spanien sehr erfolgreichen Politik als Minister für Tourismus in der Franco-Ära glaubt man, daß Fraga nicht über ein gutes Drittel des Wählerpotentials hinauskommen kann.
Auch die neue Reformpartei setzt auf diese These und hofft bei den Wahlen 1986 der sozialistischen Regierungspartei jene drei Millionen Wähler abjagen zu können, von denen Felipe Gonzalez selbst sagte, er habe sie sich vom bürgerlichen Lager geliehen. Um diese drei Millionen an sich zu ziehen, müßten sich die Reformisten aber deutlich von der Sozialistischen Partei absetzen und schon lange vor den Wahlen ein Bündnis mit der Volksallianz ankündigen.
Fraga unstritten
Die nächsten Landeswahlen in Galizien dürften die Weichen für den Zug des bürgerlichen Lagers stellen: Sollte wieder die AP gewinnen, wird Fraga unantastbar bleiben. Die Reformpartei hätte im Alleingang keine Chance. Sollte er verlieren, dürfte sich die AP nach einer anderen Führung umsehen. Der frühere Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Ferrer Salat, ist im Gespräch. Fraga würde Ehrenpräsident werden.
Eine solchermaßen entschärfte AP hätte durchaus die Chance, selber die „geliebten“ drei Millionen der PSOE abzugeben, zumal der Koalitionspartner der AP, die christdemokratische Partei Oscar Alzagas, dann mehr Gewicht bekäme. Die Erweiterung dieser Koalition durch die neue Reformpartei würde dann auch in der Lage sein, den Sozialisten pari zu bieten.
Die immer noch vorhandene CDS des Adolfo Suarez – zwei Abgeordnete im Parlament – möchten die Sozialisten und die ihr nahestehende Presse des In- und Auslands nur gar zu gerne hochjubeln (weil Suarez von den Sozialisten abhängig ist und auf jeden Fall mit ihnen zusammengehen müßte). Allein – die Wähler der Mitte wollen klare Linien, und diese finden sie nur bei den Sozialisten und bei der Allianz.
Interessant in diesem Zusammenhang erscheint auch die Entwicklung der KP. Heftige Streitigkeiten zwischen dem Generalsekretär Iglesias und dem Sprecher der vier Parlamentsabgeordneten der KP, Ex-Chef Carrillo, könnten zum Verschwinden der Partei führen“, wie Carrillo sagte. Die eigentliche und nicht zu unterschätzende Bedeutung der KP liegt jedoch außerhalb der Partei in der kommunistischen Gewerkschaft Comisiones Obreras. Das zeigen die Unruhen im Baskenland. (SAD)

Neofaschisten Italiens „nicht mehr im Getto“

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Mit dem Slogan „Dalla protesta alla proposta“ (Vom Protest zum konstruktiven Vorschlag) versucht Italiens neofaschistische Sozialbewegung (MSI) auf ihrem 14. Parteitag in Rom, sich ein neues Image als konstitutionelle Rechtspartei zu geben.
Sie hatte damit sofort einen in der Öffentlichkeit weithin beachteten Anfangserfolg: Zum erstenmal erschienen auf einem MSI-Parteitag Gastdelegationen sowohl der Christdemokraten als auch der Sozialdemokraten und der Liberalen. Selbst der kommunistische Bürgermeister Roms, Ugo Vetere, sandte ein Grußtelegramm. MSI-Sekretär Giorgio Almirante verkündete unter Hinweis auf dieses Novum: „Unsere Einsparung in ein Getto ist beendet.“
In seinem Einführungsreferat, das bei den Delegierten langanhaltenden Applaus fand, jedoch nicht mehr die Demonstration der zum faschistischen Gruß erhobenen Delegierten provozierte, umriß Almirante die Position seiner Partei als anti-kommunistisch und anti-christdemokratisch.
Er plädierte für eine „neue Republik“, in der Staatspräsident und Bürgermeister direkt vom Volk gewählt und das Kooperationswesen eine zentrale Rolle spielen sollten. Im übrigen zeigte er sich bemüht, als Sprecher aller Unzufriedenen im Volk zu erscheinen – sowohl der Arbeitnehmer, die gegen die Einschränkung der Lohnindexierung ankämpfen, als auch der Selbstständigen, gegen deren Steuerhinterziehungspraxis sich das vom MSI im Parlament hartnäckig bekämpfte Steuerpaket richtet.
In puncto Steuerhinterziehung vertrat er die These, der Bürger, der keine Steuern zahle, sei kein Steuerhinterzieher. Er sei nur mißtrauisch, weil er nicht wisse, wo sein Geld lande. „Das Regime wird beherrscht von einer Führungsgruppe zynischer Vertreter der besitzenden Klasse“, sagte er. DC-Präsident Piccoli, der die Gastdelegation seiner Partei anführte: Einen politischen Vorschlag könne man das kaum nennen.
Offensichtlich spekuliert das MSI, nachdem es ihm gelungen ist, demokratisch quasi „gesellschaftsfähig“ zu werden, auf die Proteststimmungen breiter Kreise des jetzigen Regierungslagers. Politische Beobachter Roms schließen nicht aus, daß diese Spekulation bei den im Frühjahr fälligen administrativen Neuwahlen aufgehen könnte. Sie geben der Almirante-Partei die Chance, ihren Stimmenanteil, der bei den letzten allgemeinen Parlamentsneuwahlen 8,8 Prozent betrug, auf Kosten der Regierungsparteien um einige Punkte zu verbessern.

Sorgen in Malta: Wie lange bleibt die Demokratie noch erhalten?

Die Bindungen zu Libyen und der Sowjetunion / Willküraktionen der Regierung Mintoff

Von PETER SCHMALZ
Das Bild soll von Malta Zukunft künden: Premier Dom Mintoff, seit 35 Jahren auch Chef der regierenden Labour Party, hält die lodende Fackel in der hochgereckten Hand, die Sonne steigt rotglühend aus dem Mittelmeer, und eine vor Erwartung strahlende maltesische Familie folgt dem Führer. Polit-Kitsch der Art, den der Sieg des Sozialismus auch andernorts auf dieser Welt hantieren ließe. Das Bild hängt in der Labour-Zentrale im Arbeiterort Senglea unweit von Malhas Trockendocks, zu denen sich kaum ein Tourist verirrt. Der Meister der politischen Finselkunst kam aus Nordkorea – wie auch die Handvoll Sicherheitsexperten, die derzeit Mintoffs Inselexperte instruieren.
Ein anderes Bild dokumentiert Maltes traurige Gegenwart: Das Werk eines unbekannten Malers hängt in den Wandelgängen der erzbischöflichen Residenz in Floriana nahe der Hauptstadt Valletta. Der leidende Christus, gedemütigt von seinen Häschern, ist bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Schlagstöcke und Eisenstangen haben die alte Leinwand zerfetzt. Nach einer Labour-Demonstration, die Mintoffs Vize und designierter Nachfolger Mifsud Bonnici anführte, waren Schlägertrupps in das alte Gebäude zu großen Randalen eingedrungen. Die Polizei, deren örtliche Zentrale nur zwei Häuser weiter liegt, beugte sich mühselig zum Tatort, genügend langsam, um den blindwütigen Zerstörern ausreichend Zeit zu lassen, unbehelligt und unerkannt zu entkommen.
Beide Bilder markieren die Kontrapunkte, zwischen denen das nur 316 Quadratkilometer große Inselstaatsystem – von den Engländern im Zweiten Weltkrieg wegen der strategischen Bedeutung als „unsinkbarer Flugzeugträger“ gelobt – zu einem Pulverfaß am südlichen Rand der NATO zu entarten droht. Selbst der deutsche Botschafter, Eberhard Schmitt, äußert mit diplomatischer Vorsicht Bedenken, „ob die Demokratie bewahrt bleibt“. Der CSU-Europa-Abgeordnete Fritz Pirkel, an der Spitze einer Besuchergruppe der Hanns-Seidel-Stiftung auf Studienreise im Land, faßt seine Eindrücke drastischer zusammen. Das habe ja fast kubanische Aspekte, meint er, hier gebe es „vorrevolutionäre Anzeichen“. Noch weiter geht Fenech Adam, Vorsitzender der oppositionellen Nationalisten. Sein Urteil über den Zwei-Parteien-Staat: „Die Demokratie ist am Ende.“
Adams Ärger scheint verständlich: Bei den letzten Parlamentswahlen vor drei Jahren hatte er mit seiner Partei, die Nats oder die Blauen genannt, mit 50,9 Prozent die absolute Mehrheit erzielt, durch eine geschickte Wahlkreisänderung kurz vor der Wahl sicherte sich aber Mintoff mit nur 49,1 Prozent einen Drei-Sitzesvorsprung im Parlament. Verhandlungen über die Rücknahme dieser Willküraktion wurden kürzlich von der Regierung abgebrochen.
Der Abbau demokratischer Elemente geht mit rasendem Tempo voran. Die 85 Prozent der Lehrer, die

Elf Mütter protestieren bei Husak

KNA, Preßburg
Die Mütter von elf aus dem Preßburger Priesterseminar ausgewiesenen Studenten haben den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Gustav Husak um Wiederaufnahme ihrer Söhne in das Seminar gebeten. Der vom 15. September datierte Brief wurde jetzt im Westen bekannt. Die Mütter beklagen, daß die Strafmaßnahmen gegen ihre Söhne vollkommen willkürlich erfolgt seien. Wie sei nerzeit in den Konzentrationslagern

Anzeige
Klingenberg
Bonn 02 28 / 66 80 30
Hamburg 0 40 / 5 28 40 50

willkürlich verfahren worden sei, so sei jeder zehnte Student aus dem Seminar relegiert worden.
Die Behörden hatten die Studenten nach einem 48stündigen Hungerstreik im Oktober 1980 relegiert, an dem sich 120 Studenten der Theologischen Fakultät beteiligt hatten, um gegen die Einmischung der regimetreuen Priesterbewegung „Pacem in terris“ in die Angelegenheiten des Seminars zu protestieren. Die Behörden hätten die Namensliste aller Seminaristen angefordert und jeden zehnten ausgesondert, schreiben die Mütter. Die betroffenen Studenten seien zu nächst nach Hause geschickt und erst später vom Ausschluss aus dem Seminar benachrichtigt worden.

Deutsche beteiligt an Rüstungsprojekt
rrt, Washington
Das deutsche Unternehmen Diehl GmbH und Co wird an der Entwicklung der gemeinsamen amerikanischen-europäischen Panzerabwehr-rakete beteiligt sein. Das amerikanische Verteidigungsministerium teilte mit, außer Diehl teilten sich das US-Unternehmen Martin Marietta, Brandt Armement aus Frankreich und die britische Thorn EMI Electronics in das Projekt. Die Gesamtkosten werden für die nächsten Jahre auf umgerechnet rund 1,65 Milliarden Mark geschätzt. Die radargelenkte Waffe soll von Mehrfachraketenwerfern des amerikanischen Heeres abgeschossen werden.



Partner Khadafi: Maltes Premier Dom Mintoff

FOTO-CAMERA PRESS

NEUE ALTERNATIVEN VON VOLVO, SICHER UND UMWELTBEWUSST ZU FAHREN. VOLVO

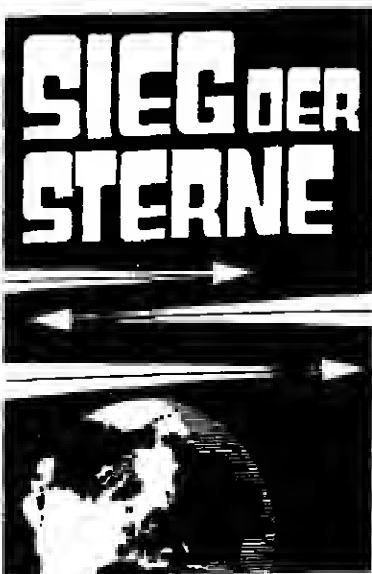


Der neue Volvo 740 GL
Die konsequente Umsetzung der Devise „niedriger Verbrauch – geringere Umweltbelastung“. Nach DIN 70030 verbraucht der 740 GL mit 2,3-l-Motor, 5-Gang-Getriebe und 84 kW/114 PS 6,4 l bei 90 km/h, 8,7 l bei 120 km/h und 11,9 l im Stadtzyklus (Superkraftstoff verbleibt jeweils auf 100 km). Sein in dieser Hubraum- und PS-Klasse unübertroffenes hohes Drehmoment von 192 Nm bei niedrigen Drehzahlen und seine Laufruhe ermöglichen den erstaunlichen Wirkungsgrad dieses neuen 2,3-l-Triebwerks. Schubabschaltung und mikroprozessor-gesteuerte elektronische Zündanlage mit Klopfsensor. Dazu kommen die reichhaltige Komfortausstattung und die sprichwörtliche Volvo-Sicherheit. Suchen Sie vergleichbare Angebote, die auch seinem Preis standhalten.
DM 28.490,— (unverbindliche Preisempfehlung ab Importeurzulager).

Der neue Volvo 740 GL Diesel
Dieselmotoren sind schon seit langem als besonders umweltfreundliche Alternative bekannt, nicht nur, weil die Kraftstoffeffizienz ist. Noch umweltschonender ist aber auch in diesem Fall ein wirtschaftlich arbeitender Motor, der hohe Leistung bei geringem Verbrauch und niedrigem Schadstoffausstoß bewirkt. Auf 100 km verbraucht der 740 GL Diesel bei 90 km/h 6,2 l, bei 120 km/h 8,7 l und im Stadtzyklus 9,2 l (DIN 70030); 5-Gang-Getriebe serienmäßig. Der 2,4-l-Sechszylinder-Dieselmotor im 740 GL wird Sie auch durch seine hohe Laufkultur überzeugen: niedriger Geräuschpegel und vibrationsarmer Lauf. Bis zu 1.800 kg zulässige Anhängerlast (mit Sondergenehmigung) machen das Leistungsvermögen dieses Triebwerks noch deutlicher. Auch auf die Preisfrage haben wir eine gute Antwort:
DM 31.190,— (unverbindliche Preisempfehlung ab Importeurzulager).

Der neue Volvo 740 GLE mit Katalysator
Wer sich schon heute für ein Katalysator-Fahrzeug entscheidet, fordert zu Recht auch hier Sicherheit. Und findet sie selbstverständlich bei Volvo – denn im Bau von Abgas-Katalysatoren hat Volvo seit 10 Jahren praktische Erfahrungen und verfügt heute über alles erforderliche technologische Wissen.
Der Volvo 740 GLE mit Katalysator ist eine ungewöhnlich komfortable Alternative, besonders umweltbewusst zu fahren. Der 2,3-l-Vierzylinder-Motor hat eine mikroprozessor-gesteuerte elektronische Zündanlage mit Klopfsensor sowie Schubabschaltung und Kraftstoffspritzung und leistet 84 kW/114 PS; die reichhaltige Ausstattung umfasst 4-Gang-Getriebe mit Overdrive, elektrische Fensterheber, Zentralverriegelung, beheizbaren Fahrersitz, Stahlschuttbühnen, Edelvelourspolsterung und vieles mehr.
DM 37.190,— (unverbindliche Preisempfehlung ab Importeurzulager).

Weitere neue Volvo-Katalysator-Modelle
Umweltbewusste Autofahrer finden bei Volvo weitere willkommene Alternativen. Der beim 740 GLE beschriebene Motor mit Katalysator steht auch für die klassische Volvo-Lösung, den 240 GLE, zur Verfügung.
DM 28.390,— (unverbindliche Preisempfehlung ab Importeurzulager).
Und auch den beliebten 240 Kombi erhalten alle Freunde eines sicheren, komfortablen Familien- und Freizeitautos auf Wunsch mit dieser Motorisierung.
DM 31.990,— (unverbindliche Preisempfehlung ab Importeurzulager).
Unser besonderer Service:
Rufen Sie an. Am Volvo-Telefon „Auto, Technik, Umwelt“, Tel.-Nr. 0 60 74 / 303-511, beantworten wir gerne Ihre Fragen zu diesem Thema.
VOLVO. EIN VORBILD AN SICHERHEIT, ZUVERLÄSSIGKEIT UND LANGLEBIGKEIT.



Von THOMAS KIELINGER

WELT: General Abrahamson, Amerikaner und Russen treffen sich im Januar zu vorbereitenden Gesprächen über eine neue Abrüstungsrunde. Teil der Thematik werden die Weltraumwaffen und Weltraumabwehrsysteme sein, deren Entwicklung Ihrer Oberleitung untersteht. Angenommen, die Sowjets verlangen ein Moratorium in diesem Bereich – und die amerikanischen Unterhändler gehen darauf ein – würde das nicht dem von Präsident Reagan verkündeten Ziel widersprechen, die Verteidigungsfähigkeit der USA weiter auszubauen?

Abrahamson: Ich sehe da überhaupt kein Problem. Sie müssen sich vor Augen halten, was der wirkliche Zweck der „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (Strategic Defense Initiative, SDI) des Präsidenten ist: Erhöhung der Sicherheit für die USA und unsere Verbündeten. Reagan stellte zunächst unsere Wissenschaftler vor die Herausforderung: „Findet Mittel und Wege, den militärischen Wert offensiver Waffen aufzuheben.“ In seiner Rede vom 23. März 1983 – und das wird von den Leuten, die darüber diskutieren, meistens übersehen – wandte sich der Präsident aber auch an die Abrüster, mit einer zweiten Herausforderung: „Und wenn diese Waffen dann überflüssig geworden sind, ist es an Ihnen, den Abrüstungsexperten, einen Weg zu finden, diese Waffen ganz zu beseitigen.“

WELT: Sie wollen damit sagen...

Abrahamson: ... daß das übergreifende Ziel nicht darin zu sehen ist,

„Wir vermögen technisch alles... Und eins müssen Sie wissen: Ich bin ein Technologie-Optimist“

einfach neue Waffen zu schaffen, sondern bestehende zu reduzieren und eine sichere Welt zu bauen. Im übrigen handelt es sich bei unserem Programm – und das muß ich immer wieder hervorheben – um ein Forschungsprogramm, unternommen innerhalb der Grenzen bestehender Vertragsvereinbarungen. Es ist ein Programm für die Zukunft, für die lange Frist, für zukünftige Präsidenten und einen zukünftigen Kongreß. Die Tatsache, daß die Sowjets sich so brennend interessieren für das, was wir hier treiben, ist ein gutes Omen.

WELT: Aus dem Sie schließen, daß es diese neuen amerikanischen Raumprogramme sind, die Moskau an den Verhandlungstisch zurückgekehrt haben? Eine Art Verhandlungsanreiz also?

Abrahamson: Ich bin kein Experte in sowjetischen Motiven... Wer ist das schon? Aber geholfen haben muß es, denn die Thematik steht jetzt auf der Genfer Tagesordnung.

WELT: Sie behaupten, das amerikanische Programm bleibe innerhalb der bestehenden Vertragsvereinbarungen, also auch innerhalb des 1972 geschlossenen ABM-Vertrages, der strikt verbietet, antibalistische Systeme über die zwei damals konzedierten hinaus „zu entwickeln, zu testen oder zu dislozieren“. Wie wollen Sie das begründen?

Abrahamson: Forschungen sind erlaubt. Schauen Sie sich nur das Forschungsprogramm der Sowjets an, das sie auf diesem Gebiet betreiben, und das schon länger als wir. Ein wichtiger Aspekt, den die Leute meistens übersehen. Außerdem sind die Sowjets im Besitz des einzigen betrieblichen Systems der Welt. Das heißt, sie besitzen beträchtliche Erfahrung damit, und haben diese Erfahrung in ihre Planung für die Offensive und die Defensive eingeprägt. Jenseits dieses existierenden Systems haben sie auch schon, wie ich Ihnen sagte, lange lange Zeit im Bereich der Strahlenwaffen geforscht. Mir liegt ein Artikel aus sowjetischen Quellen vor, geschrieben 1982, sehr interessant. Darin wird die gesamte Architektur dessen, was wir jetzt versuchen, entworfen, und das lange vor der Rede des Präsidenten.

WELT: Muß man daraus nicht folgern, daß beide Seiten, Russen und Amerikaner, sehr bald in ihren Forschungen an die Entwicklungs- und Testphase stoßen, sich dann treffen und sagen: Der alte ABM-Vertrag – den müssen wir neu verhandeln, die Fortschritte der Technik haben ihn erledigt?

Heute beginnt die WELT mit einer Serie über die Zukunft: Sieg der Sterne. Es ist ein Thema, das wie kein anderes den Ausgang des 20. Jahrhunderts beherrschen wird. In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt die größte technologische Schlacht der Geschichte. Es geht um die Lichtgeschwinden

Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen. Wenn diese neue Technik im Weltraum einsatzbereit ist, verändert sich die bisher gültige Form des internationalen Gleichgewichts. Abschreckung würde dann nicht mehr auf gegenseitig angedrohter Vernichtung beruhen, sondern auf der Möglichkeit zur Abwehr dieser

Vernichtung. In seiner bahnbrechenden Rede vom 23. März 1983 kündigte Präsident Reagan an, daß Amerika die bisherige nukleare Bedrohung zu beenden entschlossen sei. Wird sein Land als erstes den Weltraum beherrschen? Thomas Kielinger sprach in Washington mit dem Leiter des US-Forschungsprogramms zur strate-

gischen Abwehr, General James A. Abrahamson. Es ist das erste Interview, das der General exklusiv einer europäischen Zeitung gegeben hat. In vier weiteren Folgen beschreibt Adalbert Bärwolf, technologischer Korrespondent der WELT, die technischen und wissenschaftlichen Aspekte des amerikanischen Projektes.

„Abwehr einer Bedrohung – das ist der Kern“

Abrahamson: Nein, nicht unbedingt. Aber Ihre Frage enthält eine interessante Prämisse. Erstens: daß beide Seiten, A und B, in ihren Forschungen Erfolg haben werden. Zweitens: daß sie sich finden und darüber einig werden, daß Defensivsysteme einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und zur Abschreckung leisten. Das ist ein Teil dessen, was wir die ganze Zeit über sagen. Sozusagen der Schlüssel.

WELT: Um noch einmal auf ein mögliches Moratorium bei den Antisatelliten-Waffen (ASAT) zurückzukommen, das in Genf beschlossen werden könnte. Das würde Ihnen doch die einzige „Teststrecke“ rauben, die Sie für Ihr Raketenabwehrprogramm noch haben: den Raum, oder? Die Technik für Raketenabwehrsysteme und ASAT-Waffen hat schließlich vergleichbare Merkmale: ein ASAT-Moratorium müßte daher auch ihr BMD-Programm (Ballistische Missile Defense – Raketenabwehr) zügeln.

Abrahamson: Also von „rauben“ würde ich nicht sprechen. Wir müßten unsere Tests eben nur anders abwickeln. Schon jetzt arbeiten wir unter strengen Auflagen bestehender Abmachungen.

WELT: Diese ganze ungeheure Anstrengung für eine neue „Option“, wie Sie es nannten – die strategische Verteidigung – wird sie nicht zunichte gemacht durch das klassische Gesetz, daß jede Defensiv durch neue Durchbrüche bei den Offensivwaffen überwältigt werden kann?

Abrahamson: Ich kenne kein physikalisches Naturgesetz dieser Art.

WELT: Also gut, wenn kein Naturgesetz – dann aber doch ein Faktum der Empirie.

Abrahamson: So? Ein Faktum der Empirie? Was Sie nicht sagen! Wissen Sie, ich bin nicht einmal sicher, was genau eine Offensivwaffe ist und was eine Defensivwaffe ist. Nummer eins. Zugeben will ich freilich, daß wir im Atomzeitalter, das jetzt über 30 Jahre alt ist, bisher immer davon ausgegangen sind, diese neue Waffe, die Atomrakete, stelle gewissermaßen ein neues Ur-System dar, gegen das es keine Abwehr gebe. Die Russen teilen nie diese westliche Auffassung; sonst hätten sie bestimmt nicht Milliarden von Dollar oder Rubeln in Defensivsysteme und deren weitere Erforschung gesteckt. Sie gehen mit hin davon aus, daß dies zu ihrer Sicherheit beiträgt.

Was Sie da vortragen, diese These, daß jede Defensiv vom nächsten Stadium der Offensive überwältigt werden könne, böre ich dauernd von unseren Kritikern aus der Wissenschaft, vorah der „Union of Concerned Scientists“, wie auch aus anderen Kreisen, und da kommt mir eine Patina von wissenschaftlichem Jargon entgegen, die ich einfach zurückweisen muß. Ich gehe weiter und sage: Da klingt purer Unsinn an.

WELT: Könnten Sie das einmal genauer ausführen?

Abrahamson: Dazu stehe ich einmal auf und male Ihnen das an der Wandtafel hier vor. Also die „Union of Concerned Scientists“ spricht in ihrem Bericht, der überall zitiert wird, von den Satelliten, deren Umlaufbahn man im Gegensatz zur Flugbahn von Raketen genau angeben könne. Denn da gehe es jeweils um physikalische Gesetze des betreffenden Umlaufs. Ich kann Ihnen aber versichern: Wenn da eine Rakete auf diesen Silo hier anfliegt, oder auch auf eine Stadt, und sie kommt aus jenem Silo dort, von der anderen Seite, da liegt zwar keine Umlaufbahn vor, aber ein Flugweg, der den gleichen physikalischen Gesetzen gehorcht. Die Rakete fliegt dabei einen Teil ihres Wegs auch durch den Raum. Dabei kann sie ein paar Bewegungsmanöver veranstalten, sich so und so „durchschlängeln“, aber das können Satelliten in ihren Umläufen auch.

Und jetzt kommt das, was sich im Vergleich zu vor zwölf Jahren eben geändert hat. Vor zwölf Jahren benötigten wir noch ganz bestimmte Sensoren, ein ganz bestimmtes Radar, das würde hinausblenden und einen Vektor erhalten, und in diesem Kreis ausschnitt konnte man dann die Satellitenbahn berechnen. Etwas später hätten wir dann wieder hinausblenden, uns den nächsten Vektor geben lassen müssen, und so weiter und so fort, bis sich unser Bild von der Umlaufbahn des Satelliten genügend verfeinert haben würde. Hier hat die Computertechnik der letzten Jahre riesige Fortschritte gemacht, von denen wir jetzt zu profitieren beginnen. Wir brauchen heute nur noch

für ganz kurze Zeit die Umlaufbahn eines bestimmten Satelliten oder jede beliebige Flugbahn zu beobachten, und schon können wir akkurat peilen. Die Vorteile der neuen Technologie.

WELT: Was Folgen auch für die Reaktionszeit hat.

Abrahamson: Genau. Damit komme ich zum zweiten Teil Ihrer angeblich unschlüssigen Frage. So, wie wir das fliegende Ziel schneller und akkurater berechnen können, können wir auch den Weg unseres Abwehrsystems schneller und besser einsetzen. Und den Punkt, wo beide aufeinander treffen. O.k. Und nun der Rest des Problems: Was genau ist es, das wir da in unserem Visier vorfinden? Sprengköpfe, nachdem sie sich von der Trägerwaffe gelöst haben. Ich nehme dies Beispiel aus dem mittleren Teil der Flugbahn der Rakete, zwischen der Aufstiegsphase und der Schlußphase (boost phase und terminal phase). Ein Sprengkopf ist bisher noch ein ziemlich gewichtiges Ding, muß es sein, denn er hat ja den Wiedereintritt vor sich.

Und hier teilt sich die Problematik von Satelliten und Raketen. Es ist etwas ganz anderes, ob man einen Satelliten oder einen Raketen Sprengkopf mit schwerer Panzerung ausrüstet. Und auch etwas anderes, ob man, weil man jetzt von Strahlenwaffen von Lichtgeschwindigkeit gegen sich hat, einen Satelliten oder einen Sprengkopf weiter massiert, absichert.

Denn: Wenn demnächst ein Sprengkopf nicht nur gegen den Wiedereintritt sondern auch noch gegen Energiestrahlen geleitet werden muß, dann geht das – aus Gewichtsgründen – nur, indem ich andere Sprengköpfe von der Spitze der Rakete weglassen.

Und wenn mein Gegner sich zu solch einem Schritt gezwungen sieht – weiß Gott, das hat die Defensiv dann schon wirksam gemacht. Wenn die Russen, um mit ihrer SS-18 durchzukommen, vom Kopf dieser Mehrfachsprengkopf-Rakete fünf der bisher zehn Sprengköpfe weglassen müssen, so ist unsere Defensiv in diesem Fall schon zu 50 Prozent erfolgreich gewesen.

Das heißt nicht, daß wir uns auf unserem Wege irgendwann ausruhen können. Denn irgendwann wird auf der anderen Seite immer wieder ein helles Köpfchen auftreten mit einer neuen Idee, wie man den Defensivschild durchdringen kann. Darauf müssen wir wieder eine Antwort finden.

WELT: Ohne einen Gewinn an Sta-

tilität – an Sicherheit, wie Sie selber zugeben – könnte man wohl das SDI-Programm kaum rechtfertigen. Können Sie ungefähr angeben, von welchem Grad der Wirksamkeit ab ein Abwehrsystem, der gegenwärtigen Gleichung des Schreckens hinzugefügt, Abschreckung und internationale Stabilität erhöhen würde? Wie zuversichtlich müssen Sie hinsichtlich Ihres dreischichtigen Abwehrschirms werden, ehe daraus ein Gewinn an Stabilität erwächst? Kann man das in Prozenten ausdrücken?

Abrahamson: Nein. Es wäre unver-



Astronaut und General

Die US-Luftwaffe ist seine Heimat, der Weltraum sein Metier, die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der USA sein gegenwärtiger Job: Generalleutnant James A. Abrahamson, 51 Jahre alt, Abrahamson ist Absolvent des berühmten Massachusetts Institute of Technology (MIT), trat früh in die Airforce ein und war schon zwischen 1961 und 1964 mit Satelliten-

forschung befaßt. Im Vietnam-Krieg flog er später 49 Kampfeinsätze. Ausgebildet als Astronaut, für das dann aufgegebenen bemannte Orbit-Labor, avancierte er schon mit 41 Jahren zum General. Beförderung schließlich 1981 zum Leiter des Space Shuttle-Programms, Anfang 1984 mochte ihn Reagan zum Leiter des wichtigsten Zukunftsprogramms der USA.

antwortlich, zu sagen, es sei bei 89,5 Prozent so weit oder bei 90 Prozent oder wo immer. Aber eine Sache weiß ich ganz genau, und das ist das, was der Präsident uns vorgab. Lassen Sie mich das an der Tafel mit diesem hier gezeichneten Koordinatensystem demonstrieren. Die Y-Achse zeigt Ihnen den Grad der Wirksamkeit an, die X-Achse die benötigte Forschungszeit. Wir gehen jetzt also in diese ansteigende Linie. Wichtig ist der nationale Wille, auch die internationale Übereinkunft. Man wird sehr bald das Potential sehen, die ungeheuren Möglichkeiten, man wird das auch an den Mitteln sehen, die bereitgestellt werden. Den nationalen Willen betone ich immer wieder. Der kommt noch vor den technischen Möglichkeiten. Wir vermögen technisch alles, der Westen hat das meines Erachtens immer bewiesen, und eins müssen

Sie wissen: Ich bin ein Technologie-Optimist. Also noch einmal – wir können diese Dinge in den Griff kriegen, wenn wir nur wollen, wenn wir den Willen aufbringen, uns zu verteidigen.

Aber wenn wir natürlich nur einen Teil der Wegstrecke zurücklegen und dann aufhören, bei – sagen wir – 40, 50 oder 60 Prozent, dann braucht die andere Seite nur zu folgern: Gut, wir bauen eben drei weitere Raketen mit der entsprechenden Sprengkopffzahl, und so werden wir den Schild der Gegenseite überwinden. Das ist genau das, was man in den Köpfen der Planer auf der anderen Seite eben nicht bezwecken will. Was man ihnen vorführen will, ist der Stoß nach vorne, das Weiterdringen, den wachsenden internationalen...

WELT: Das Vordringen in Richtung 100 Prozent?

Abrahamson: Es geht hier nicht um genaue Prozentzahlen. Ich sage Ihnen, es ist viel wichtiger, die andere Seite die richtigen Schlüsse aus unserem Tun zieht und in entsprechender Weise antwortet. Wie sollte diese Antwort lauten? Erstens: Einsehen, daß der Bau weiterer Offensivwaffen keine Probleme löst, so daß als einzige Antwort die Abrüstung bleibt.

Zweitens: Geld, mehr Geld in die strategische Verteidigung stecken. Das tun die Russen ja auch schon, und zwar ganz beträchtlich. Dabei stoßen sie auf ein ähnliches Problem wie wir: das der verfügbaren Mittel. Jeder auf die Defensiv verwandte Rubel, jedes Gehirn, das mit dieser Technik befaßt ist, wird nicht zum Einsatz stehen für die Entwicklung einer neuen Rakete, die uns töten kann.

Nehmen Sie dies immer in Ihren Kopf auf: Wir arbeiten nicht an einer neuen Bedrohung. Das ist der ganze Kern. Keine neue Bedrohung, sondern die Abwehr einer bestehenden Bedrohung.

WELT: Was aber, wenn Ihre Verbündeten in Europa sich nicht mit diesem Verteidigungsschirm geschützt fühlen? Wenn sie mißtrauisch werden und sagen: Hier beginnen die USA und die UdSSR, ihre nationalen Räume immun zu machen, und wir, die Europäer, bleiben ungeschützt zurück?

Abrahamson: Zuerst einmal möchte ich hoffen, daß die Europäer nicht den Schluß ziehen, dieses Thema treibe uns auseinander. Die Sache liegt genau umgekehrt: Das SDI-Programm weckt neues Vertrauen, daß die USA weitere Optionen – auch zum Schutz Europas – zur Verfügung haben, und im Falle einer akuten Krise nicht mehr so bedroht dastehen.

Das kann doch nur gut sein. Und die Technik, an der wir arbeiten, kann auch in Europa Anwendung finden. Eine SS-20 etwa, die zeigt unmittelbar nach Abschluß ähnliche Merkmale wie die Interkontinentalraketen.

WELT: Wie ist es mit niedrigfliegenden Geschossen wie Cruise Missiles, etc.?

Abrahamson: Wir haben verschiedene Studien in Arbeit. Alle Probleme auf einmal lösen, das kann ich leider nicht. Ich schaue zunächst auf das Problem, von dem die größte Gefahr ausgeht: die landgestützten Interkontinentalraketen. Warum geben wir vor langen Jahren auf eine Abwehr gegen herabfliegende Bomber zu bauen? Wegen der ICBMs.

Zur Frage, was von unseren Forschungen für Europa abfällt. Da mache ich mir Hoffnungen, auch eines Tages solche Waffen wie Cruise Missiles anzugehen, oder die taktischen Atomraketen. SS-20 – das ist als Problem nicht schwieriger als die ICBMs, wie ich schon andeutete. Aber eine SS-23 oder SS-21, da liegt der Fall komplizierter.

WELT: Käme gegen diesen Typ von Waffen nicht ein ATEM-System (anti tactical ballistic missile) in Frage, etwa nach Art einer überarbeiteten Version des „Patriot“?

Abrahamson: Das ist denkbar. Im taktischen Bereich gibt es ja auch keine Vertragsbeschränkungen, und daher schauen die Experten der ATEM-Frage ja auch schon auf uns, ob unsere Forschungen ihnen nicht bald erlauben, den Angreifer noch besser abzuwehren zu können.

WELT: Kann Europa selber am SDI-Projekt mitarbeiten?

Abrahamson: Das geschieht bereits.

WELT: Aus kalifornischen Laboratorien hört man, daß dieses Reden über europäische Mitbeteiligung am SDI-Projekt nur eine leere politische Geste sei; denn im Grunde hätte die amerikanische Wissenschaft alles schon – na, sagen wir es einmal salopp – im Sack.

Abrahamson: Ich wollte, das wäre so. Hier ist die richtige Perspektive nötig. Sicherlich, wenn Sie unser „homeing overlay“-Experiment nehmen...

WELT: Sie meinen den Test im Juni, als eine ICBM in der mittleren Phase ihres Fluges von einer anderen Rakete getroffen wurde?

Abrahamson: Genau. Den Juni-Veruch. Also in diesem Test haben wir die Machbarkeit einer bestimmten Technik demonstriert.

„Wir verabschieden uns hier von einem Konzept, das viele, viele Jahre hindurch akzeptiert worden ist.“

Wenn jetzt jemand sagte, es wäre in unserem Interesse, damit voranzumarschieren, also hätte – diese Entwicklung könnte beginnen. Nebenbei bemerkt, die hier beschriebene Technik könnte sehr wohl für die taktische Verteidigung in Europa (terminal defense) anwendbar werden. Sie wäre sehr hilfreich im Rahmen der militärischen Lage in Europa. Und doch sind viele von uns auch mit dieser Technik, die wir jetzt schon einführen könnten, noch nicht zufrieden, und so forschen wir weiter.

WELT: Sie kennen einen weiteren Einwand gegen das SDI-Programm: Daß eine gelungene Defensiv zwischen den Supermächten Europa reif für einen konventionellen Krieg mache. Was sagen Sie dazu?

Abrahamson: Oh je, dieser Unsinn! Wirklich, es ist höchste Zeit, daß über das ganze Defensiv-Konzept eine internationale Debatte im großen Stil geführt wird. Damit endlich begriffen wird: Wir verabschieden uns hier von einem Konzept, das viele, viele Jahre hindurch akzeptiert worden ist.

WELT: Das Konzept der gegenseitig zugesicherten Vernichtung, MAD (Mutually Assured Destruction)?

Abrahamson: Ja. Und darüber sollten die Menschen nachdenken, und zwar sorgfältig – über alle Implikationen. Aber das darf nicht so geschehen, wie es einer unserer Kongreßabgeordneten einmal über moderne Regierungsmethoden prägte: „Regieren mit dem T-Shirt.“ Damit meint er die Neigung, ein sehr komplexes Thema zu einer knappen, emotional aufgeladenen, dabei simplen Phrase zu verkürzen. So geht's nicht. Das dient niemandem.

Aber wo Sie schon fragen: Wir haben hier in Washington bereits eine

Reihe von Kriegsszenarien für Europa durchgespielt, unter der Rubrik „Was geschieht in Europa mit oder ohne SDI?“ Die Resultate waren verblüffend und sehr unterschiedlich. Alles beginnt mit der Frage: Was passiert, wenn die sowjetischen Planer Feindseligkeiten initiieren? Sie tun das nur, wenn ihre Gedankenketten von einer gewissen Zuversicht getragen ist, also etwa: Ich habe hinter der limitierten Aktion, die ich hier starte, die Möglichkeit zu einem massiven konventionellen Nachziehen. Wenn das Schwierigkeiten macht, kann ich immer noch soweit gehen, die Amerikaner zu warnen, sich da herauszuhalten, denn ich könnte ja ihre Städte zu zerstören anfangen.

Die sowjetischen Planer müssen sich doch fragen, wenn alle Stricke reißen: Haben wir die unabweisliche Gewißheit, zu zerstören und dabei zu siegen? Mit unserer Defensivforschung, die die letzte Stufe der Eskalation gefährdet, vermindert sich für die Sowjets die Siegesgewißheit mehr und mehr. Sie können nicht mehr sicher sein, die Eskalation im Griff zu behalten.

WELT: Nun gut, das versteht man ja. Aber die Sowjets könnten die Abwehrtechnik auch auf ihrer Seite haben und was...

Abrahamson: Also um so mehr Anlaß für uns, nicht hinter ihnen zurückzubleiben.

WELT: Ja, aber was geschieht dann mit der NATO-Doktrin des nuklearen Ersterstanzes? Die ist doch dann kaltgestellt. Und somit würde der konventionelle Krieg möglich, denn beide Seiten wüßten, daß ihre Atomwaffen abgefangen werden könnten.

Abrahamson: Moment mal, wer kann in einer solchen Situation schon die Kampfbedingungen diktieren. Sie behaupten, dann hingen die Europäer ganz von der Frage ab, ob die 14 Männer im Kreml Westeuropas Städte vernichten oder nicht. Das ist zu emotional und verkurzt formuliert.

Sie müssen den ganzen Komplex der Eskalationsbeherrschung untersuchen, die auch für den SDI-Fall nicht eindeutig ist. Da liegt die wirkliche Beantwortung Ihrer Frage. Es gibt keine simple Folgenanalyse für den europäischen Schauplatz, bei Verfügbarkeit von Defensivsystemen. Man extrapoliert da immer falsch.

Daher will ich Ihnen auch zum Schluß einen großartigen deutschen Witz erzählen, den ich über alles liebe. Dieser Witz hat mit der gerade angesprochenen Art von Schlussfolgerungen zu tun. Es geht da um die deutsche Akademie der Wissenschaften – so ein Treffen mit den verwandten Organisationen Europas in der deutschen Akademie.

Man trifft sich in München, damals, vor langer Zeit, weil man besprechen will, wie eigentlich der Nordpol erreicht werden kann. Alle sind sich einig: Logistik, das ist das Problem. Also rufen wir ein Komitee für Logistik ins Leben. Das Komitee trifft sich, mit sehr renommierten Leuten darunter, und beschließt: Die Frage werden wir lösen. Aber die Studien können Monate verschlingen.

Doch siehe da, schon am nächsten Tag beriefen sie ein Plenum ein und verkündeten: „Wir haben die Antwort!“ „Oh Gott, wie ist das möglich?“, rief es im Chor. „So schnell!“ „Ganz einfach“, antwortete das Komitee. „Wir brauchen keine Logistik.“ „Keine Logistik? Verehrte Kollegen, was meinen Sie damit?“ Und die Antwort kam standhaft und fest: „Sehr einfach. Nachdem wir den Konferenzraum gestern verlassen hatten, begannen wir mit der Diskussion. Wir kehrten in den ersten Bierkeller ein und hatten eine sehr lebhafte Debatte. Unser Hotel lag im Norden, wir gingen also, nachdem wir diesen Bierkeller hinter uns hatten, einen Häuserblock weiter in nördliche Richtung. Da war wieder eine Kneipe, wo wir unsere Auseinandersetzung fortsetzten. Dann weiter nach Norden... der nächste Häuserblock... wieder ein Bierkeller. Die Sache wurde uns ganz klar. Zum Nordpol braucht man sich nur auf die Bierstuben zu verlassen, denn es gibt eine an jeder Ecke auf dem Weg nach Norden.“

WELT: General Abrahamson, schönen Dank für den Witz und das Gespräch.

Am Montag in der WELT: Adalbert Bärwolf berichtet aus dem Atomwaffen-Laboratorium Livermore (Kalifornien) – „Kanonen schießen mit Licht“ – „Novoten“, der mächtigste Laser der Welt – Amerika spielt seine Trumpfkarte der Technologie aus.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rätselhafte Wipfeldürre

Sehr geehrte Herren,
in der allgemeinen Diskussion über das Waldsterben fällt auf, daß die meisten Beiträge den Eindruck erwecken, als habe der Autor die entscheidende Ursache entdeckt, oder, umgekehrt, er müsse eine anderweitig bekannte Ursache als mehr oder weniger belanglos herunterspielen. Dabei handelt es sich doch zweifellos um ein Syndrom aus einer bisher noch nicht genau überschaubaren Reihe von Ursachen. Hierzu ein m. E. bisher zu wenig beachteter Teilspekt:
Seit 1931 bewirtschaftete ich als junger Anfänger den alten, 1945 geraubten Familienbesitz in Nordwest-Sachsen. Als ich im Juni 1934, also in einer Zeit, zu der vom Waldsterben noch nirgends die Rede war, mit meinem forstlichen Berater, einem Oberforstmeister i. R., und erstklassigen Fachmann, einmal draußen im Walde über die mir rätselhaften Wipfeldürre meiner Fichten sprach, führte er etwa folgendes aus: Um 1820 habe der damalige sächsische Landforstmeister v. Sch. die Fichten, ungepflegt und mehr oder weniger sich selbst über-

lassenen Laubwälder in reine Fichtenwälder umgewandelt. Diese wurden nach dem ersten Umtrieb etwa um die letzte Jahrhundertwende kahlgeschlagen und wiederum mit Fichten aufgeforstet. Und nun, etwa 30 bis 40 Jahre später, zeigten sich die Folgen der Monokultur, ohne Fruchtwechsel und auf teilweise für die Fichte nicht geeigneten Böden, was im ersten Umtrieb noch nicht sichtbar geworden sei. In diesem Fall sei der Verursacher ein bestimmter, tierischer Schädlings. In der Landwirtschaft spüre man die Folgen seiner begangenen Fehler nach ein bis zwei Jahren, in der Forstwirtschaft nach einem Jahrhundert.
Er schloß - wohlgerne vor genau 50 Jahren! - mit den mir unvergeßlichen Worten: „Ich bin ein alter Mann, Sie sind jung und haben das Leben vor sich. In ein paar Jahrzehnten werden Sie wegen dieser Fehler in den deutschen Wäldern eine Katastrophe erleben. Dann denken Sie an mich!“
Mit freundlichen Grüßen
W. von Reitzow,
Bad Camberg

Rhetorischer Purzelbaum

Leserbrief: Unterhaltungs-Unterhaltung, WELT vom 22. November
Herr Dr. Remmers umgibt das Problem „Süd-Nord-Bildungsgefälle“ in gewohnter Eleganz. Er lenkt auf Teilspekt (Zentralabitur, Stellung des Schulleiters), die mit der Sache wenig bis gar nichts zu tun haben. Er unterstellt dem Deutschen Philologenverband, ohne viele Federlesen (natürlich auch ohne Beleg), „hochtrabende Primitivität“ z. B. in der niedersächsischen Orientierungsstufen-Diskussion. Und er bezieht auch den WELT-Autor Zehm, „offensichtlich noch nicht begriffen zu haben, daß es... 1986 in Niedersachsen... um den Fortbestand des Gymnasiums geht“.
Ach ja, zum Schluß doch noch etwas zum Thema, wenn auch in Form eines rhetorischen Purzelbaums: „Konten... die großen beruflichen Chancen Zukunfts in der bayerischen Industrie“, so der Fraktionsvorsitzende, nicht aus dem, viel größeren Anteil an naturwissenschaftlichem Unterricht“ in Niedersachsen resultieren?
Man muß das verstehen: Dr. Remmers tut, was er den Kritikern unterstellt. Er unterschlägt das Votum des CDU-Landesparlamentes 1984 (WELT vom 2.4.1984) gegen „seine“ integrierte Orientierungsstufe. Er nimmt zu ihren Gunsten massiv Einfluß, indem er einen Beschluß der CDU-Landtagsfraktion zur Wahrung der Orientierungsstufe in der bisherigen Form herbeiführt, obwohl die sogenannte Bestandsaufnahme des zuständigen Ministers längst nicht abgeschlossen ist. Und Herr Dr. Remmers hat offensichtlich selbst noch nicht begriffen, daß diese Orientie-

rungsstufe (wie übrigens auch die beabsichtigte Streichung des 13. Schuljahrs) den Fortbestand des Gymnasiums lange vor der Niedersachsenswahl 1986 gefährden - beileibe ja nicht nur des Gymnasiums, sondern des gegliederten Schulwesens überhaupt! GEW-Vertreter und neuerdings auch der SPD-Spitzenkandidat Schröder bestätigen das immer öfter.
Wie aber steht es jetzt und in der Zukunft um das Süd-Nord-Bildungsgefälle, Herr Dr. Remmers?
Gerhard Kohlweyer,
Winsen (Lube)
Pressereferent der Ortsgruppe Winsen des Philologenverbandes Niedersachsen

Wort des Tages
„Vor allem müssen wir lernen, dem andern zuzuhören, in sein Denken, seine Einstellungen einzudringen und sie von innen heraus zu verstehen, anstatt lange Monologe zu führen, in denen man nur sich selbst zuhört.“
Roger Schütz, franz. Theologe (geb. 1915)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.
Flick-Pressstelle
Manfred Kiesewetter

Über Ostpreußen

„Der Wolf kommt aus Ostland“, GREIFER WELT vom 24. November
Sehr geehrte Herren,
ich habe mit großem Interesse den Aufsatz „Der Wolf kommt aus Ostland“ gelesen, da meine Familie aus Ostpreußen stammt. Ich möchte Sie bzw. den Autor auf zwei Fehler aufmerksam machen:
● In Lyck lag nicht das östlichste Ordensschloß! Das östlichste Deutsch-Ordensschloß war Narwa (Estland); gegenüber, auf der anderen Seite der Narwa, lag die russische Grenzfestung Iwangorod (1482 von Iwan III. gegründet). Wegen der Deutsch-Ordens-Grenzfestung Narwa verweise ich auf Brockhaus, Band 13 (1971), S. 202. Auch weise ich in diesem Zusammenhang auf den Aufsatz „Landnahme mit Kreuz und Schwert. Vor 750 Jahren zogen die Deutschritter nach Osten“ Ihres Autors Walter Götzel (DIE WELT, „Griff in die Geschichte“, aus dem Jahre 1980 (7)) hin.
● Die historische Begegnung der preussischen Königin Luise mit Napoleon fand nicht in Osterode, sondern am 6. 7. 1807 in Tilsit statt!
Mit freundlichem Gruß
W. Skorning,
Aachen-Brand

Falsches Bild

Die Friedrich Flick Industrieverwaltung in Düsseldorf stellt zum Artikel „Pokerspiel“ in der WELT vom 28. November 1984 klar:
● Nicht Flick ist an anderen, sondern andere sind an uns vor Monaten herangetreten mit der Absicht, Krauss-Maffei zu kaufen.
● Nicht Flick hat dieses Thema in die Öffentlichkeit gebracht, sondern dies ist von anderen Seiten geschehen - ohne Rücksicht auf das Unternehmen Krauss-Maffei und seine Mitarbeiter, sondern offenbar auch in der Absicht, die Position der Interessenten zu verbessern.
● Der Artikel „Pokerspiel“ ist dafür ein besonders eklatantes Beispiel, weil hier gezielt der Eindruck vermittelt werden soll, Flick müßte verkaufen. Mit falschen Zahlen und negativen Schlussfolgerungen wird der Versuch unternommen, Wert und Leistungsfähigkeit eines Unternehmens der Gruppe Flick - und damit nicht genug: auch Wert und Leistungsfähigkeit der Gruppe Flick insgesamt - herabzusetzen und herabzuwürdigen, indem behauptet wird, daß Flick gar nichts anderes übrigbliebe als zu verkaufen.
● Wir stellen fest: Flick muß Krauss-Maffei nicht verkaufen. Die Geschäftslage und die Finanzkraft der Gruppe Flick sind fundiert. Nach dem guten Jahr 1983 erwarten wir für 1984 ein weiter verbessertes Ergebnis.

Grenada kehrt wieder zur Demokratie zurück

Parlamentswahlen am Montag / Favorit ist Herbert Blaize

WERNER THOMAS, St. George's
Danny Williams, ein Parlamentarist der „Neuen Nationalpartei“ (NNP), fragt bei einer Kundgebung in der Gemeinde Victoria: „Hättet ihr auch im Oktober vergangenen Jahres träumen lassen, daß ein solches Ereignis wieder stattfinden würde?“
„No, man“, antwortet die Menge spontan. „Ich auch nicht“, bekennt Williams. „Ich zitterte damals um mein Leben.“ Dreizehn Monate und eine Woche nach der Rettungsaktion amerikanischer und karibischer Truppen, die die kurze, blutige Herrschaft stalinistischer Putschisten beendet, kehrt Grenada zur Demokratie zurück. Am kommenden Montag (3. Dezember) wird die Bevölkerung ein neues Parlament und eine neue Regierung wählen.

Die Vergangenheit bestimmt die Zukunft. Noch immer sind die Menschen von der Erinnerung traumatisiert: vierzehn Jahre Sozialismus unter dem charismatischen Marzisten Maurice Bishop, der durch einen Coup an die Macht gekommen war und am 19. Oktober 1983 mit seinen engsten Vertrauten auf Befehl radikaler Parteimitglieder hingerichtet wurde. Der „Revolutionsregierung“ des Volkes folgten sechs Tage Angst, Ungewissheit, Gewalt.

Zwei politische Veteranen dominieren nun diesen Wahlkampf, Gairy und Herbert Blaize, ebenfalls ein ehemaliger Premier. Sir Eric (62), seit Anfang des Jahres wieder in Grenada, steuerte von seinem rosaroten Haus auf einem Hügel der Hauptstadt St. George's die Kampagne seiner „Vereinigten Labour-Partei Grenada“ (GULP). Er verspricht „eine westliche Demokratie britischen und amerikanischen Mustern“.

„Reagan-Airport“

Er umarmte die nach wie vor populären Amerikaner, denen er im Süden der Insel Land für einen Marinestützpunkt anbieten will. Im Norden wünscht sich Gairy einen britischen Stützpunkt. Der neue internationale Flughafen soll den Namen Ronald Reagan erhalten. So sehr Sir Eric die Amerikaner hofft - die Diplomaten der US-Botschaft, im Ross-Point-Hotel untergebracht, hoffen auf einen Erfolg von Herbert Blaize. „Wir wären in einer peinlichen Situation, wenn die Labour-Partei siegen würde“, gestand ein Missionsvertreter.

„Wir müßten unser gesamtes Grenada-Engagement überprüfen.“
Blaize (66), der fünf Jahre lang (1982 bis 1987) Grenada regierte, ist ein Mann der politischen Mitte. Er predigt die „Versöhnung der Nation“ und erinnert: „Wir haben die Vergangenheit nicht verdrängt.“ Von allen Kandidaten geht von ihm die geringste polarisierende Wirkung aus. Er warnt offen vor einer neuen Gairy-Ära. „Die Hölle würde ausbrechen, eine Hexenjagd würde uns drohen.“

Sehnsucht nach Ruhe

Die „Neue Nationalpartei“ wird von den anderen Gruppen als ausländische Interessenvertretung diskreditiert. Sie war erst am 28. August aus drei gemäßigten Bewegungen auf der Insel Union Island formiert worden, die zu St. Vincent gehört. Drei Premierminister standen Pat: James Mitchell (St. Vincent), Tom Adams (Barbados) und John Compton (St. Lucia).

Die Anhänger des ermordeten Premier-Bishop haben die „Patriotische Bewegung Maurice Bishop“ (MBPM) gegründet, an deren Spitze der frühere Justizminister Kenrick Radix und der frühere Landwirtschaftsminister George Louison stehen. „Unsere Chancen sind so gut wie die der anderen Parteien“, meint Louison (32), der allerdings weiß, daß die MBPM am meisten unter der Vergangenheit leidet. Radix und Louison versuchen antiamerikanische Haßgefühle zu schüren. Sie fordern den Abzug der „Besatzungstruppen“ (neben 240 Amerikanern befinden sich noch 392 karibische Soldaten auf Grenada). Und sie fordern ihrerseits einen Namen für den von den Kubanern begonnenen und von den Amerikanern vollendeten Flughafen: „Maurice Bishop International Airport“.

Die emotionalisierenden Elemente wirken jedoch eher abschreckend. Deshalb haben Herbert Blaize und seine „Neue Nationalpartei“ die besten Chancen, die erschöpfte Übergangsregierung des Pädagogen Nicolas Braithwaite abzulösen und die Zukunft der Insel zu bestimmen. An mehreren Häuserwänden von St. George's steht ein Slogan, der die Stimmung im Volke wiedergibt: „No Gairy Fascism, no jewel communism.“ (SAD)

Mehrheitsentscheidung ist erneut im Gespräch

Eine politische Bestandsaufnahme der EG vor dem Gipfel

HORST STEIN, Brüssel
Im Zusammenhang mit der EG assoziiert das Wort Gipfel die Hoffnung auf Anknüpfung darüber, wie es weiter gehen soll. Das Publikum, durch viele Veranstaltungen dieser Art oftmals enttäuscht, beharrt noch immer auf dieser Erwartungshaltung. Und es könnte auch diesmal wieder, nach dem Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft in Dublin, enttäuscht sein.

Denn die Regierungschefs werden in der irischen Hauptstadt auch diesmal wieder mit Problemen konfrontiert, über die sich die Experten schon nicht einigen konnten. Am Problem der Süderweiterung zum Beispiel, also der Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG, haben sich die Außen- und die Fachminister schon die Zähne ausgebeißt. Es ist einfach leichter, die Erweiterung grundsätzlich zu beschließen, als sie faktisch und in Detail zu organisieren. Binnenmärkte, Sozialgesetzgebung und der Olivenmarkt sind in etwa noch in den Griff zu bekommen, notfalls auch die iberische Sardinienproduktion. Wohin aber mit dem spanischen Wein? Den meisten in der EG ist mittlerweile klar, daß sich dieses Thema nicht ohne manchmal sogar blutige Verteilungskämpfe bewältigen läßt. Es sei denn, die EG-Partner würden sehenden Auges in eine Konstruktion hineinschlüpfen, die noch kostspieliger wäre als der Butterberg. Das aber will keiner. Die Bundesrepublik, seit langem Hauptzahler in der EG, am wenigsten. Sie wäre einmal mehr die finanziell Leidtragende solcher Beschlüsse.

Eigene Vorstellungen

Die Mehrheit der Zehn wie der Zwölf hat eigene Vorstellungen von Industrie- und Handelspolitik. Diktatorismus und Staatsinterventionismus sind bei ihnen, anders als in der freihändlerischen Bundesrepublik, keine negativen Begriffe. Wie anders zum Beispiel ist die Misere der europäischen Stahlindustrie entstanden, wenn nicht durch die Super-Subventionen etwa der Italiener, mit denen der Faktor Lohnkosten komplett aus der Staatskasse abgedeckt wird? Der modernste unter den deutschen Stahlkochen, Korff, mußte dagegen Konkurs anmelden, und Bonn stand wegen einiger Arbed-Millionen in Brüssel um Zustimmung an.

Der Gipfel in Dublin, mit dem die EG-Präsidenschaft der Iren im übrigen zu Ende geht, wird deshalb voraussichtlich einmal mehr zeigen, daß die Europäische Gemeinschaft an einem Scheideweg angelangt ist. Wird sie ein loser Interessensverbund bleiben mit dem Hauptverdienst, immerhin, den Lebensstandard der Bauern jenem der übrigen Bevölkerung angeglichen zu haben? Viele Dänen fassen Europa so auf, und manche Briten wollen es eigentlich auch nicht viel anders. Griechen wie Italiener freuen sich schon auf die fetten Gewinne aus dem EG-Mittelmeer-Programm. Und wenn erst einmal die Spanier und die Portugiesen mit von der Partie sind, so weiß man in Rom und Athen, dann läuft nichts mehr ohne die Meditteranen. In diesen Kontext sind die Pläne zu ordnen, den Gedanken einer Politischen Union endlich voranzutreiben. Das liegt im Interesse der Bundesrepublik und Frankreichs.

Was sonst?

Aber die Zeiten, da man deutsche Bundeskanzler „Mr. Goldfinger“ nannte, sind vorbei. Schon jetzt, im Zehnerverbund, sind die Entscheidungsprozesse kaum noch steuerbar. Formelkompromisse, die das Eingeständnis des Scheiterns ersparen sollen, gehören zur Tagesordnung. Nur: Was sonst? Was soll an die Stelle der Europa-Idee gesetzt werden? Die neuerdings propagierte Rückkehr zum Prinzip der Mehrheitsentscheidung - Rückkehr, weil die Väter der Römischen Verträge gerade daran dachten und nicht an den sperrigen Consensus omnium - wäre für Bonn jedoch gefährlich. Denn das Mehrheitsvotum, für das sich jetzt wieder

Personalien

zeiger“, und nach der Einstellung dieser Zeitung 1967 engagierte ihn Hans Zehrer für die WELT. Mit dem Umzug der WELT nach Bonn 1975 schied Hartung aus der Redaktion aus. Er arbeitet seither freischaffend, ist neben der WELT auch anderen Objekten des Hauses wie „Hör Zu“ und „Funkuhr“ verbunden und veröffentlicht regelmäßig in der „Verkehrszeitung“. Drei Bücher hat Hartung selber geschrieben und illustriert und außerdem viele Buchillustrationen geliefert und selbst Skat-Kartenspiele entworfen. Wilhelm Hartung ist ein großer Fachmann und Liebhaber des plattdeutschen Dialekts (er schreibt am liebsten in Plattdeutsch), dazu ein großer Pferdekennner und auch Pferdeliebhaber.

GEBURTSTAGE

Viele Leser der WELT, aber auch anderer Blätter des Hauses Springer schätzen seine ironisch-verständlichen Zeichnungen: Wilhelm Hartung, der am Sonntag 85 Jahre alt wird. Schon durch seinen ersten Schullehrer kam er zur Zeichnerlei und hatte bis zum Abschluß der Schulbildung immer in Zeichnungen „sehr gut“. 1939 legte er in Cuxhaven das letzte Friedens-Abitur ab. Es folgten Arbeitsdienst und Wehrdienst in der Luftwaffe. 1944 heiratete er in Spika, einer Gemeinde südlich von Cuxhaven, seine Frau Inna. Sein Schwager war dort Landdoktor. Nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft kam Hartung im Herbst 1946 nach Hause zurück, war zunächst Milchkontrollleur und begann in Hamburg das Pädagogik-Studium, das er nach der Währungsreform wegen Geldmangel aufgeben mußte. Er ging dann als Karikaturist zum „Hamburger An-

VERANSTALTUNG

Unter der Schirmherrschaft des CDU-Bundstagsabgeordneten Helmut Sauer wurde in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn der 13. Weihnachtsbasar des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschland eröffnet. Im Clubhaus der Bundstagsabgeordneten zeigten junge Aussiedler aus der Sowjetunion, Rumänien und den polnisch verwalteten Ostgebieten sowie Flüchtlinge aus Eritrea und Vietnam 3000 kunstgewerbliche Gegenstände, die in 40 Jugenddörfern im Laufe des Jahres entstanden. Dr. Christopher Dannemann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Christlichen Jugenddorfwerks, wies vor rund 200 Gästen, zu denen auch Bundstagspräsident Philipp Jenninger, der Bundesminister Werner Dollinger und die Staatssekretärin Irmgard Karwatzki gehörten, darauf hin, daß 40 000 Mark beim 12. Weihnachtsbasar zusammenkamen. Die gesamte Summe sei der Freizeitarbeit der Jugendlichen in diesem größten freien Jugendbildungs- und Ausbildungswerk der Bundesrepublik zugute gekommen. Der Basar ist bis zum 14. Dezember geöffnet.

PERSONAL

Die Mitherausgeberin und frühere Chefredakteurin der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“, Marion Gräfin Dönhoff, wird am 2. Dezember 75 Jahre alt. Die weitgereiste und für ihre publizistische Tätigkeit vielfach geehrte Journalistin gehört der „Zeit“ seit 1946 an. Frau Dönhoff übernahm 1968 als erste Frau in Deutschland die Chefredaktion einer politischen Zeitung. Anfang 1973 wurde sie Herausgeberin der „Zeit“. Zu den zahlreichen Ehrungen, die Gräfin Dönhoff für ihre journalistische Arbeit erhielt, gehören der Thodor-Heyß-Freis (1966) und der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (1971). Gräfin Dönhoff, die Tochter eines ostpreussischen Großgrundbesitzers, studierte Volkswirtschaft in Basel und Frankfurt, schloß 1935 mit der Promotion ab und trat in die Leitung der ostpreussischen Familiengüter ein. Anfang 1945 flüchtete sie in den Westen. Von ihren Büchern wurden die Erinnerungen an die ostpreussische Heimat unter dem Titel „Namen, die keiner mehr nennt“ (1962) am bekanntesten.

Der Chefredakteur und Mitherausgeber der „Deutschen Ta-

DATAPOST

Für wichtige Dokumente, eilige Waren, Datenträger, Schriftstücke...

Verbindung nach Maß

... im Inland

Wenn Sie regelmäßig Nachrichten oder termingebundene Waren versenden, bietet sich der spezielle Versand-Service im Bereich der Deutschen Bundespost an. Datapost-Sendungen werden schneller befördert und zu feststehenden (mit Ihnen vereinbarten) Zeiten übermittelt.

... ins Ausland

Den internationalen Expres-Kurierdienst der Deutschen Bundespost können Sie nach Bedarf nutzen. Ihre Sendung ist meist schon am nächsten Werktag da - zuverlässig zum vereinbarten Zeitpunkt.

Datapost-Sendungen werden grundsätzlich bevorzugt behandelt und auf dem schnellstmöglichen Transportweg befördert - auf Wunsch auch bei Ihnen abgeholt. Damit's noch schneller geht, kann auch der Empfänger telefonisch benachrichtigt werden. Sprechen Sie doch mal mit dem Fachmann - Ihrem Kundenberater von der Post. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Post

Bonner Mahnung an Jaruzelski

CDU/CSU: Warschau muß Verständnis für Offenhalten der deutschen Frage zeigen

GERNOT FACIUS, Bonn

In die Diskussion um die Beziehungen Bonn zu Warschau und über den abgesagten Genscher-Besuch in Polen hat die CDU/CSU am Freitag mit einer politischen Positionsbeschreibung eingegriffen, die keine Zweifel an dem Rechtsstandpunkt der Bundesregierung läßt. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühle verband das „Verständnis für das Interesse der Polen an gesicherten Grenzen“ mit dem Hinweis, daß „wir allerdings auch Verständnis für unser Anliegen erwarten, die deutsche Frage politisch und rechtlich offenzuhalten“. In einem Gespräch mit dem „Hamburger Abendblatt“ sagte Rühle: „Diese unfruchtbare Grenzdiskussion sollte ebenso unterbleiben wie die unsinnigen Revanchismuskampagnen.“

Die Bundesrepublik Deutschland erhebe gegen niemanden Gebietsansprüche und werde dies auch in Zukunft nicht tun. Der Akzent dieser Erklärung liegt auf „Bundesrepublik“. Rühle wollte damit deutlich machen, daß einem künftigen gesamtdeutschen Souverän in dieser Frage nicht vorgegriffen werden darf. Da

mit bewegte er sich genau auf der Linie der Ostverträge, die keine Grenzerkennungs-Verträge sind. Von sozialdemokratischer Seite ist in den vergangenen Wochen, und zuletzt während der jetzt abgeschlossenen Etablierung, über die mit den Verträgen markierte Linie hinausgegangen worden und die polnische Regierung versucht, wie jüngst General Jaruzelski selbst, den Eindruck zu erwecken, daß auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher der Oder-Neiße-Linie die Qualität einer endgültigen Grenze gibt (WELT v. 30. 11.). Offensichtlich ist es das Ziel der Äußerungen des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, Unruhe in den eigenen Reihen über eine angebliche Positionsveränderung der Koalition in der Grenzfrage zu dämpfen.

Der Regierung in Warschau versichert Rühle, daß die Union bei ihrer Politik der Verständigung mit Polen „die heutige polnische Regierung nicht umgehen“ könne. Rühle fügte hinzu: „Wir sind für sachliche und korrekte Arbeitsbeziehungen mit ihr.“ In diesem Sinne müsse der verbundene Warschau-Besuch des Bun-

desaußenministers bald nachgeholt werden. Zugleich signalisiert der Unionspolitiker aber der Führung um Jaruzelski, daß Bedingungen irgendwelcher Art im Zusammenhang mit einer Warschau-Visite Genschers nicht akzeptiert werden könnten: „Unsere Hand bleibt ausgestreckt, aber wir lassen uns weder anmaßend behandeln noch laufen wir jemandem nach.“

Rühes Positionsbestimmung fällt in eine Zeit, in der der Ostblock seine „Revanchismus“-Kampagne gegen Bonn täglich steigert. So druckte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ am Freitag einen Kommentar von Radio Moskau nach, der sich mit einem vom Bundespräsidenten herausgegebenen Kalender befaßt, in dem die Gebiete östlich von Oder und Neiße als unter Verwaltung stehende Gebiete gekennzeichnet sind. Kritisch wird weiter vermerkt, daß Bundeskanzler Kohl und der CSU-Vorsitzende Strauß am 10. November an dem Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn teilgenommen hätten. Radio Moskau spricht von einer „revanchistischen Zusammenrottung“.

Kuron sieht jetzt Chancen für Opposition in Polen

Der Bürgerrechtler spricht von einer „schrecklichen Zwangslage“ Jaruzelskis / Wieder Gespräch Kirche-Regierung

DW, Warschau

Der prominente Bürgerrechtler Jacek Kuron hat der nach der Ermordung Jerzy Popieluszko entstandenen politischen Lage in Polen eine für die Opposition insgesamt positive Deutung gegeben. Kuron hält nämlich den Zeitpunkt für einen verstärkten Druck seiner Landsleute auf die Warschauer Führung für günstig. In einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP bewertete Kuron den Mord an dem Priester durch Sicherheitsfunktionäre sogar als eine Wende in der Entwicklung in Polen.

Kuron, ehemaliger Vorsitzender des Komitees für gesellschaftlichen Selbstschutz (KOR), gibt eine in der polnischen Opposition keineswegs unumstrittene Begründung: Mit der Tat, gemeint ist die Ermordung des „Solidarität“-Sympathisanten Popieluszko, habe General Jaruzelski, eine gewisse Politik aufzuzeigen wollen. Jaruzelski sei angesichts des wachsenden Machtverlusts als Folge des Alleingangs der politischen Polizei „in die schreckliche Lage versetzt, in die eigenen Reihen schließen zu müssen“. Zum ersten Mal seit dem 13. Dezember 1981, so der nptm-

istische Kuron, sei der Partei- und Regierungschef gezwungen, „die Nation in seine Rechnung mit einzubeziehen“, denn jetzt habe er „die Ruhe im Land am allergrößten“.

Daher muß nach seiner Auffassung „starker gesellschaftlicher Druck“ organisiert werden, aber unter Vermeidung einer Konfrontation. Dieser Druck müsse dem „pluralistischen Bild“ der polnischen Gesellschaft entsprechen und sich „auf allen Ebenen und immer mehr in voller Öffentlichkeit“ spürbar machen. Die „Bürgerkomitees“ zur Verteidigung des Rechts (KOP), die sich nach dem Mord an Popieluszko gebildet haben, seien ein richtiger Anfang, meint der Bürgerrechtler. Er weist der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ eine wichtige Rolle zu.

Trotz ihres Verbots sei die Bewegung nach wie vor in den Unternehmen des Landes einflussreich und das auf zwei Ebenen: durch die Kräfte im Untergrund und durch die „einfach als Solidaritäts-Mitglieder bekannten Personen“. An diese würde sich die Diktatur zahlreicher Betriebe „immer häufiger wenden, um die Eintracht zu wahren“. Die Selbstverwaltungsräte in den Betrieben würden zu

80 Prozent von Mitgliedern der verbotenen Gewerkschaft gebildet.

Aber „Solidarität“ ist nach Ansicht Kurons mehr als nur eine Arbeiterbewegung und hat sich inzwischen zu einer „weiten gesellschaftlichen Bewegung“ herausgebildet.

In den von Kuron vertretenen politischen Thesen spiegeln sich Neutralitätsgedanken wider, die in Polen eine gewisse Tradition haben. So sagt er auch jetzt, daß eine „Entmilitarisierung Mitteleuropas, vor allem der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und Polens, die einzige Lösung“ für sein Land auf lange Sicht sei. Das Problem der Abrüstung müsse zusammen mit dem einer Neutralisierung Mitteleuropas gesehen werden.

Daraus resultiert auch seine Forderung, daß die Bewegungen für die Befreiung Polens „ihre eigene Weltanschauung haben“ müssen und „sich nicht für den einen oder anderen der beiden Blöcke aussprechen“ dürfen. Der 50jährige Kuron hat maßgeblich zur Einheit zwischen Intellektuellen und Arbeitern in Polen beigetragen, was die Gründung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung überhaupt erst ermöglicht hat. Er war

erst im Sommer dieses Jahres nach 31 Monaten Haft freigelassen worden.

In Warschau haben jetzt wieder Vertreter der Regierung und der katholischen Kirche in einer gemeinsamen Kommission ihre gegenseitigen Beziehungen erörtert. Wie die polnische Presse berichtet, seien die Vertreter des Episkopats von den Behörden über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung des Mordes an Popieluszko informiert worden. Es war am Freitag unklar, ob die Kirche auch den abschließenden Bericht der Ergebnisse der Obduktion der Leiche des Priesters vorgelegt bekam. Regierungssprecher Urban hatte Mitte dieser Woche versichert, spätestens am Freitag werde der Bericht vorliegen. Nach den bisherigen Berichten steht fest, daß der 37 Jahre alte Geistliche erwürgt worden war, bevor die Täter seine Leiche in einen Weichsel-Stauwerk warfen.

Nach dem Kommuniqué über die Sitzung der gemeinsamen Kommission soll die Diskussion über „grundlegende Themen aus dem Bereich der Beziehungen zwischen Staat und Kirche“ fortgesetzt werden. Primas Glemp hält sich derzeit zu Konsultationen mit dem Papst in Rom auf.

„Gute Noten“ für Wörner

NATO-Partner loben Verteidigungsbemühungen Bonns

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Verteidigungsminister der NATO werden sich nächste Woche mit einer Fülle von Themen befassen, aus der nach Ansicht von Minister Wörner drei besonders herausragen: Die Anstrengungen des Bündnisses zur Stärkung seiner konventionellen Verteidigung, die Einigung über das NATO-Infrastrukturprogramm sowie eine Beratung über die im Januar beginnenden neuen Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der Rüstung.

Im übrigen reist der deutsche Verteidigungsminister in der Hoffnung nach Brüssel, der zwischen Griechenland und der Türkei neu aufgeflammete Streit um die Ägäis-Insel Lemnos (WELT vom 28. November) werde die sachliche Arbeit des Verteidigungsplanungsausschusses nicht belasten oder gar unmöglich machen.

Aus dem Munde ihres amerikanischen Amtskollegen Weinberger hoffen die europäischen Minister auf eine Erklärung über das Abrüstungskonzept zu erhalten, mit dem die USA im Januar die neuen Gespräche mit der Sowjetunion beginnen wollen. Nach Wörners Ansicht ist es dabei wichtig, daß die Europäer ihre besonderen Wünsche für die neue Runde, die mit einem Treffen der Außenminister Shultz und Gromyko am 7. und 8. Januar startet, einbringen. Der Bonner Minister nannte gegenüber Journalisten besonders die Problematik der Mittelstreckentrüstung und die Möglichkeiten zur Minderung der konventionellen Streitkräfte in Europa.

Nach Bonner Ansicht sind für Brüssel nun auch die Weichen für eine Verabschiedung des NATO-Infrastrukturprogramms für die Jahre 1985 bis 1989 gestellt worden, nachdem die Bundesregierung auf die Wünsche der USA eingegangen war und sich zu einer Aufstockung des Finanzprogramms auf knapp 22 Milliarden Mark bereitgefunden hatte. Davon muß Bonn 5,82 Milliarden Mark tragen. Ursprünglich wollte Bonn dieses Programm auf 16,85 Milliarden begrenzen, während die USA 27,8 Milliarden Mark verlangt hatten. Bislang ist ungewiß, ob Länder wie etwa Italien sich auch zu der Aufstockung bereitfinden werden.

Mit dem Programm soll die gesamte Verteidigungsinfrastruktur der NATO in Europa verbessert werden. Dazu zählt auch der Bau von Anlagen für die Aufnahme amerikanischer Verstärkungen, verbesserte und störsichere Fernmeldeanlagen, neue Versorgungslieferungen für Kraftstoff sowie der Ausbau von Flughäfen. Nach Ansicht Wörners ist insbesondere der Ausbau der Luftbasen für die Aufnahme von US-Kampfflugzeugen, die im Krisenfall in einer Größenordnung von mehr als tausend Stück nach Mitteleuropa verlegt werden sollen, vordringlich.

Um die Überlebens- und Durchhaltetätigkeit der NATO-Streitkräfte zu verbessern, ist es nach Ansicht Wörners zwingend notwendig, die Schwächen der Luftverteidigung zu beseitigen und größere Vorräte an Munition und Betriebsstoff anzulegen. Hier liege einer der Schwerpunkte der Bonner Verteidigungsanstrengungen, für die die Allianzpartner Bonn bereits „gute Noten“ erteilt hätten.

Großes Gewicht wird die Konferenz der Verteidigungsminister nach Darstellung Wörners auf die Diskussion der NATO-Planungen zur Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit legen. In Bonn hofft man, daß die deutsche Ansicht von allen in der Allianz akzeptiert wird, nach der möglichst schon im nächsten Jahr ein Planungswerk verabschiedet werden kann, das die verschiedenen Verteidigungsaufgaben konventioneller Natur des Bündnisses in einem „konzeptionellen Rahmen“ („conceptual framework“) definiert und bewertet.

In Bonn sind von den Experten, wie Wörner sagte, die Prioritäten schon gesetzt. Danach muß es als erstes um die Niederrückführung der Ersten Strategischen Staffel des Warschauer Paktes im Falle eines militärischen Konfliktes gehen. In zweiter Linie muß sich die NATO um eine bessere Ausrüstung zum Kampf gegen die gegenwärtigen Luftstreitkräfte auf deren Heimatbasen bemühen sowie schließlich – drittens – um Waffensysteme, die das Heranführen der Reserven des Warschauer Paktes erschweren.

Gehört Seckendorf weiter zur RAF?

WERNER KAHL, Bonn

Der Arzt Ekkehard Freiherr von Seckendorf-Gudent war anscheinend an dem RAF-Überfall auf ein Waffenarsenal bei Ludwigshafen beteiligt. Nach Zeugenaussagen wurde der stechbriefförmig gesuchte 44jährige zusammen mit dem 26jährigen RAF-Mitglied Hennig Beer am Tatort in Maxdorf (Rheinland-Pfalz) gesehen. Die Polizei hatte vermutet, daß von Seckendorf inzwischen aus dem Untergrundterrorismus ausgestiegen ist.

Bei dem Überfall in der ersten Novemberwoche wurden nach Angaben der Bundesanwaltschaft 22 Faustfeuerwaffen und zwei Gewehre entwendet. Die RAF dürfte damit die Waffenverluste, die sie 1982 durch die Entdeckung von 17 Erddepots erlitten hatte, annähernd ausgeglichen haben.

Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, daß die RAF in den Gebieten Rhein-Main, Pfalz, Elsaß und Schweiz neue Verstecke hat. Nach den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes sind in letzter Zeit vermutlich etwa 15 Personen aus dem RAF-Umfeld für das Untergrundkommando rekrutiert worden, die die Logistik im In- und Ausland verbessern helfen. Damit sei die Gefahr neuer Anschläge gestiegen.

In Züricher Sicherheitskreisen wird das dort 1974 gegründete Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (IVK) zum Terrorumfeld gerechnet.

Skepsis vor Dubliner Gipfel

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will die interne Abstimmung der EG-Partner über die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal auf dem am Montag beginnenden Europagipfel in Dublin ein entscheidendes Stück vorantreiben. Vor allem will er am geplanten Beitrittsdatum 1. 1. 1986 nicht rütteln lassen. Die sachlichen Erwartungen Bonns wurden allerdings gestern in Regierungskreisen als „außerordentlich skeptisch-zurückhaltend“ bezeichnet.

Wichtigster Streitpunkt unter den Mitgliedern der Gemeinschaft ist gegenwärtig die Frage der Überschussproduktion von Wein, die nach dem spanischen Beitritt durch den Zustrom iberischer Weine vollends unlösbar werden könnte. Deshalb stimmt die Bundesregierung mit der französischen Regierung darin überein, daß vor der EG-Erweiterung eine Reform der Weinmarktordnung unabdingbar sei. Die Meinungen über konkrete Einzelheiten gehen aber noch sehr auseinander.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs werden in der irischen Hauptstadt auch über die von Bonn für besonders dringend gehaltene Haushaltsdisziplin der EG und über Interims-Berichte zweier Komitees zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft beraten. Bonn und Paris legen auf weitere Richtlinien für den Weg zur Europäischen Union Wert.

DAS KÖNNEN SIE SICH SCHENKEN!

...oder (noch besser) schenken lassen! JETZT ist die große Zeit der großen Pelz-Hits! JETZT ist die große Zeit der kleinen Preise! Und JETZT ist die Auswahl am größten! JETZT zeigt Boecker (noch mehr als bisher), was Leistung heißt. (Und Qualität ist's immer, garantiert!)

ABBILDUNG: Luchskatzen-Mantel, wunderschön gezeichnet, großzügig & lässig: Boecker-Exklusiv-Modell! Typisch Boecker – ausgefallene Pelze, gekonntes Styling. Die Qualität begeistert: Natürlich „Boecker Selected“.

GAEWOLF-JACKEN, attraktive Young Fashion 84/85	11800,-
GRISFUCHS-JACKEN, unkonventionell und sportiv, eine große Boecker-Leistung	3900,- 690,-
WASCHBÄR-JACKEN, der rustikale Sportpelz-Chic	3900,- 2450,-
GRISFUCHS-MÄNTEL, der sportliche Pelz, bei Boecker nur	4500,- 3450,-
WASCHBÄR-MÄNTEL, faszinierend und sportlich, die neue Pelz-Optik	5500,- 3900,-
PERSIANER-WENDE-MÄNTEL, federleichte Modelle aus den Boecker-Meister-Ateliers	6900,- 5800,-
WASCHBÄR-KAPPEN	6400,- 3950,-
BLAU-FUCHS-KAPPEN	270,- 229,-
NERZE: DIE GROSSE BOECKER-SPEZIALITÄT!	270,- 229,-

DARK-NEZ-JACKEN, erstklassige Verarbeitung, Boecker-Super-Preis	3900,- 2750,-
PASTELL-NEZ-JACKEN, seidige Felle, echt „Boecker Selected“	4500,- 3250,-
DARK-NEZ-STÜCKE-MÄNTEL, attraktive Verarbeitung, jung und chic	2700,- 1950,-
DARK-NEZ-MÄNTEL, die große Boecker-Spezialität zum besonderen Preis	6500,- 4900,-
DEMI-BUFF-NEZ-MÄNTEL, seidige Boecker Selected-Felle, perfekt verarbeitet	6900,- 6850,-
BLACK-CROSS-NEZ-MÄNTEL, aktuelle Linie in der Modelfarbe „Carnel“	9500,- 6900,-
Federleichte NEZ-WENDE-MÄNTEL, exklusives Styling, „Boecker Selected“ Qualität für Verwöhnte	13500,- 8500,-
BLACK-NEZ-MÄNTEL, bezaubernde Creationen, seidige „Boecker Selected“-Felle	14500,- 8900,-

Boecker

DIE GRÖSSTE PELZAUSWAHL DER WELT!

Heute, Samstag, ist bis 18 Uhr geöffnet!

Der vollkommene Pelzspezialist! Essen, Hamburg, Bremen, Hannover, Frankfurt, Koblenz, Köln, Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Krefeld, Monchengladbach, Gelsenkirchen, Bochum, Castrop, Dortmund, Hagen, Hamm, Bielefeld, Romscheid, Münster, Wuppertal

مركز الأخبار